



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

REGIONALWAHLEN IN RUSSLAND: NACHLESE

■ KOMMENTAR		
Mehr Demokratie wagen?		
Ungefälschte Wahlen als Instrument der Herrschaftssicherung		2
Hans-Henning Schröder, Berlin		
■ ANALYSE		
Das Parteien- und Wahlsystem Russlands am Rubikon?		
Die Regionalwahlen in Russland vom 8. September 2013		3
Alexander Kynev, Moskau		
■ ANALYSE		
Überraschende Bürgermeisterwahl in Moskau		10
Andrey Buzin, Moskau		
■ UMFRAGE		
Die Lage im Lande: Sorgen und Probleme		13
Zufriedenheit mit der Lage im Lande		15
Wahrnehmung der herrschenden Partei		18
Die Prozesse gegen die Opposition		19
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Bilanz nach den Regionalwahlen		22
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Kleine Irritationen für das Regime, kleine Erfolge für die Opposition...		23
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
Vom 12. bis zum 26. September 2013		26
■ LESEHINWEIS		
Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 7/2013 »Unter Strom. Energiepolitik in Europa«		28
Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 8/2013		
»Flagge zeigen. Raumprojekte an Odra und Moskva« mit Russlandbezug		30



Mehr Demokratie wagen?

Ungefälschte Wahlen als Instrument der Herrschaftssicherung

Hans-Henning Schröder, Berlin

Die Ergebnisse der Wahlen am 8. September 2013 in vielen Regionen Russlands zeigen, dass die Putin-Administration die Lage im Lande kontrolliert und in der Lage ist, dort, wo gewünscht, Mehrheiten zu erzeugen. In einigen Fällen aber hat die Administration der Opposition Spielräume gelassen. Sie hat erprobt, welche Folgen es hat, wenn man politischen Gegnern Freiräume gewährt. Die Siege von Regimegegnern in Jekaterinburg und Petrosawodsk und der Achtungserfolg von Alexej Nawalnyj in Moskau werden von der kritischen Öffentlichkeit gefeiert, sie waren aber nur möglich, weil das Regime dort den administrativen Druck gelockert hat. Ob diese Herangehensweise Schule macht und auch anderswo mehr Opposition möglich wird, oder ob die Administration den Druck auf die Opposition wieder erhöhen wird, das steht abzuwarten. Welchen Weg die Administration geht, hängt davon ab, wie sie die Ergebnisse dieser »Liberalisierung« politischer »Inseln« bewertet und welche Schlussfolgerungen sie daraus für die künftige Gestaltung der politischen Ordnung zieht.

Seit der Finanzkrise ist die politische Ordnung in eine Krise geraten. Zwischen 2000 und 2008 war die Akzeptanz des politischen Systems hoch. Die Kontrolle über das Fernsehen und das durch die hohen Energiepreise beförderte Wohlstandswachstum boten gute Voraussetzungen, um mit dem Präsidenten Putin eine Identifikationsfigur zu etablieren, die dem Herrschaftssystem Legitimation verlieh. Dieses Arrangement überstand auch die Nachfolgeregelung 2008, als Putin in der Präsidentenrolle durch Dmitrij Medwedew abgelöst wurde, aber als Ministerpräsident das Machtsystem absicherte.

Zwei Prozesse stellten die Stabilität dieses politischen Arrangements in Frage: die Finanzkrise 2008, die im Folgejahr in der Gesellschaft zu fühlbaren Wohlstandseinbrüchen führte, und der Vormarsch des Internet, das seit 2009/2010 das auf das Fernsehen gestützte Informationsmonopol der Administration untergrub. Die sinkende Akzeptanz des Regimes wurde im Laufe der Jahre 2010–2011 spürbar. Insbesondere »Einiges Russland«, die »Partei der Macht«, verlor an Ansehen. Die niedrigen Zustimmungswerte veranlassten die Administration vielerorts, die Ergebnisse der Duma-Wahlen im Dezember direkt zu fälschen. Dies löste in Moskau eine massive Reaktion aus – Zehntausende gingen auf die Straße. Die Massendemonstrationen und die sinkenden Zustimmungsraten irritierten das Regime. Zwar erreichte die Administration durch Organisation von Gegendemonstrationen und den Einsatz administrativer

Ressourcen die Wahl Putins zum Präsidenten im ersten Wahlgang, dennoch war die russische Führung verunsichert. Das politische Arrangement der Jahre 2000–2008 funktionierte nicht mehr. Der anhaltende Rückgang der Zustimmungswerte in den Umfragen zeigte auch, dass die Akzeptanz des Regimes über die Identifikationsfigur Putin nicht langfristig zu sichern war.

Nach dem erneuten Amtsantritt Putins im Mai 2012 suchte die Administration die innere Stabilisierung auf zwei Wegen: einerseits gab der Präsident der Regierung per Dekret die Anweisung, die sozialen Sicherungssysteme zu verbessern und die Wirtschaftsleistung zu steigern, andererseits initiierte man Strafverfahren gegen führende Oppositionelle, übte Druck auf missliebige NGOs aus und schürte den Hass auf Migranten und sexuelle Minderheiten. Hand in Hand damit verstärkte die Administration aber auch die Kritik an Korruption in den Eliten und am unpatriotischen Verhalten von Beamten und Oligarchen, die ihr Kapital ins Ausland schaffen. Populistischer Losungen und die Propagierung von Feindbildern im Verbund mit sozialer Besserstellung sollte die Akzeptanz des Regimes verbessern.

Doch das Wirtschaftswachstum war in der ersten Hälfte des Jahres 2013 so gering, dass die Finanzierung höherer Sozialleistungen nicht als realistische Option erschien. Zugleich hatte die Führung – und die mit ihr verbundene Partei »Einiges Russland« – nach wie vor mit einem Glaubwürdigkeitsproblem zu kämpfen: die Vorstellung von »Einiges Russland« als der »Partei der Gauner und Diebe« wurde von gut und gern 30–40 % der Bevölkerung vertreten. Auch die Zustimmungswerte von Putin und Medwedew waren weiterhin im Sinkflug.

Darauf entschied man sich, wie es scheint, einen anderen Ansatz zu versuchen. Die Kampagne gegen kritische Opposition wurde im Sommer 2013 für beendet erklärt, der Präsident kündigte im Gespräch mit drei hochrangigen Vertretern der Menschenrechtsbewegung eine großzügige Finanzierung für Nichtregierungsorganisationen an. Alexej Nawalnyj, Blogger und Oppositionsaktivist, wurde zwar in einem Verfahren wegen Amtsmissbrauch und Unterschlagung zwar zu fünf Jahren Haft verurteilt, dann aber auf Intervention der Staatsanwaltschaft (!) bis zum Abschluss des Revisionsverfahrens auf freien Fuß gesetzt, damit er als Kandidat an den Moskauer Bürgermeisterwahlen teilnehmen konnte. Bürgermeister Sergej Sobjanin sorgte dafür, dass Abgeordnete von »Einiges Russland« Nawalnyj seine Zulassung zur Wahl zu unterstützen. Der Abstimmungsvorgang am 8. Sep-

tember war dann wenigstens in drei Städten – Moskau, Jekaterinburg und Petrosawodsk – so frei, dass oppositionelle Kandidaten die Wahl gewannen oder im Fall Moskau ein Drittel der Wählerstimmen erringen konnten.

Gewiss waren dies Ausnahmen – in der Mehrzahl der Kommunen und Regionen hatten oppositionelle Kräfte keine Chance –, doch stellten sich viele Beobachter die Frage, was die Administration mit dieser punktuellen Liberalisierung bezweckt haben mochte. Im Falle Moskaus ist dies erklärbar: Amtsinhaber Sobjanin war sich seines Wahlsiegs so sicher, dass er einen echten Gegenkandidaten wünschte, um seiner Wahl größere Legitimität zu verleihen. Dabei war der Ansehensgewinn Nawalnyjs wohl nicht vorhergesehen worden. In Jekaterinburg und Petrosawodsk hat »Einiges Russland« aber tatsächlich an Macht eingebüßt – und dies war sicher nicht im Sinne der örtlichen Eliten.

Es scheint fast so, als hätten die Administration (oder Teile von ihr) ein Experiment gewagt: Indem man Wahlen mit echter Konkurrenz zuließ und in Einzelfällen Siege der Gegenkandidaten ertrug, wollte man die Legi-

mität des Systems stärken und die eigene politische Glaubwürdigkeit erhöhen. Ein Mehr an demokratischen Verfahren würde danach die eigene Herrschaft stärken. Gewiss beinhaltet das auch die Gefahr, dass man der Opposition eine Plattform gibt, doch wird das durch den Zugewinn an öffentlicher Legitimität mehr als wett gemacht – so die Kalkulation.

Es wird im Laufe der nächsten Wochen klar werden, ob diese Rechnung aufgeht – und ob die Experimentatoren sich im eigenen Apparat durchsetzen können. Nach wie vor droht Nawalnyj eine fünfjährige Haftstrafe. Gegen Rojsman, den oppositionellen Bürgermeister in Jekaterinburg, hat die Staatsanwaltschaft bereits Verfahren wegen Freiheitsberaubung angekündigt. Wenn man in der Administration zu dem Schluss kommt, dass die Zulassung von Opposition sich nicht lohnt, dann ist die kurze Liberalisierungsphase vorbei. Sollten die Umfragergebnisse Putins wieder steigen, das Regime an Akzeptanz gewinnen, dann ist damit zu rechnen, dass die politischen Spielräume wieder erweitert werden – solange die politische Ordnung nicht in Frage gestellt wird.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin regionale Politikanalyse mit dem Schwerpunkt Osteuropa.

ANALYSE

Das Parteien- und Wahlsystem Russlands am Rubikon?

Die Regionalwahlen in Russland vom 8. September 2013

Alexander Kynev, Moskau

Zusammenfassung

Die Wahlen am 8. September unterscheiden sich in vieler Hinsicht von früheren Regionalwahlen in Russland. Erstmals kam es in acht Regionen wieder zu einer Direktwahl der Gouverneure (Verwaltungsoberhäupter), außerdem stellte sich erstmals eine Vielzahl neuer Parteien zur Wahl. Neu war auch das Registrierungsverfahren, außerdem agierten erstmals die festen, auf fünf Jahre berufenen Wahlkommissionen. Der Prozess der Nominierung von Parteilisten und Einzelkandidaten hat deutlich gemacht, dass das veränderte Format des Parteiensystems und die erhöhte Anzahl der Parteien bereits zu qualitativen Veränderungen geführt haben. Allerdings wurde wieder ein breites Spektrum an Instrumenten eingesetzt, um den Kandidaten der »Macht« zum Erfolg zu verhelfen. Eine weitere Besonderheit dieser Wahlen bestand in dem Einsatz neuer Wahlkampfmethoden, die auf neuen Technologien und der Revolution der sozialen Netzwerke beruhen.

Die Wahlbeteiligung war niedrig, »Einiges Russland« konnte sich fast überall durchsetzen. Die systemische Opposition (KPRF, LDPR, Gerechtes Russland) hat an Unterstützung eingebüßt.

Besonderheiten der Wahlen am 8. September

Die Regional- und Kommunalwahlen in Russland vom 8. September 2013 haben sich von allen bisher-

gen Regionalwahlen in Russland unterschieden, und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie symbolhaft für Veränderungen im gesamten zukünftigen Parteien- und Wahlsystem des Landes stehen.

Zum einen erfolgten diese Wahlen erstmalig an einem einzigen »allgemeinen Wahltag«, der auf den zweiten Sonntag im September fiel, anstelle der beiden allgemeinen Wahltage, die früher (seit dem 1. Januar 2006) im März und Oktober abgehalten wurden. Dadurch fiel die Hauptphase der Wahlzeit (unter anderem die Nominierung und Registrierung der Kandidaten und Parteilisten sowie der Wahlkampf) in die Hauptferienzeit, was erhebliche Schwierigkeiten für die Teilnehmer und Organisatoren des Wahlprozesses erzeugte.

Darüber hinaus war die Liste der Regional- und Kommunalwahlen dieses Mal sehr viel repräsentativer als noch im Oktober 2012. Am 8. September waren in acht Regionen Direktwahlen des Verwaltungsoberhauptes, in 16 Regionen Parlamentswahlen, in acht regionalen Hauptstädten Direktwahlen des Verwaltungsoberhauptes und in zwölf regionalen Hauptstädten Wahlen zum Stadtparlament angesetzt (bei den letzteren haben die Abgeordneten in fünf Fällen das Stadtoberhaupt zu wählen und über die Einstellung eines Verwaltungsdirektors zu entscheiden)

Drittens hatte die erfolgte Änderung der Registrierungsvorschriften für politische Parteien in diesem Jahr sehr viel größere Auswirkungen als noch 2012. Bekanntermaßen war nach den Protestaktionen von Ende 2011 / Anfang 2012 die erforderliche Mitgliederzahl für politische Parteien von 40.000 auf 500 herabgesetzt worden. Bei den Wahlen vom 14. Oktober 2012 hatten jedoch die meisten Parteien noch nicht die Möglichkeit gehabt, sich organisatorisch und juristisch auf die Wahlen vorzubereiten. In vielen Fällen hatten sie es gerade einmal geschafft, das staatliche Registrierungsverfahren zu durchlaufen. Bei den Wahlen am 8. September war die Liste potentieller Wahlteilnehmer nun wesentlich länger und repräsentativer. Wenn bei den Wahlen vom Oktober 2012 – je nach Beginn der Wahlzeit – noch zwischen 16 und 27 Parteien teilnehmen konnten, so konnten bei den Wahlen vom 8. September zwischen 48 und 54 Parteien teilnehmen. In den einzelnen Regionen hing die Zahl der Parteien, die teilnehmen konnten, wegen der fortlaufenden Registrierung von Parteien vom Datum ab, mit dem die Wahlzeit begann. Die Anzahl dieser Parteien hätte viel größer sein können, doch haben einige Parteien bis zum Beginn der Wahlzeit keine Registrierung erhalten (so wurde bei der Partei der Anhänger von Alexej Nawalnyj, der »Volksallianz«, die Registrierung zunächst ausgesetzt und dann wegen Beanstandungen an den Unterlagen durch das Justizministerium verweigert – Nawalnyj wurde daraufhin von der Partei »RPR-PARNAS« als Bürgermeisterkandidat in Moskau nominiert). So konnten also einerseits mit Leichtigkeit Parteien registriert werden, die öffentlich wenig wahrnehmbar waren, nur über kaum bekannte

Führungsspitzen verfügten und in den Regionen keinerlei Spuren hinterlassen. Andererseits hatten aber Initiativgruppen Probleme bei der Registrierung ihrer Partei, wenn in deren Reihen wohlbekannte Persönlichkeiten zu finden waren und sie in den Regionen tatsächlich politisch aktiv waren.

Schließlich hatte sich gegenüber den vorherigen Wahlen auch eine Reihe anderer föderaler Vorschriften und Bestimmungen zur Durchführung von Wahlen geändert:

- Nachdem 2012 in modifizierter Form die Direktwahl der Regionsoberhäupter wiedereingeführt worden war, sind erneut Gesetzesänderungen erfolgt, die den Regionen eine Regelung erlauben, mit der das Oberhaupt der Region nicht direkt durch die Bevölkerung gewählt, sondern von den Abgeordneten des Regionalparlaments unter den vom russischen Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten ausgewählt wird. In der Folge ist in zwei der zehn Regionen, in denen nun ein neues Oberhaupt zu bestimmen war, die Direktwahl wieder abgeschafft worden (Dagestan und Inguschetien).
- Das Registrierungsverfahren für Kandidaten ist durch eine Ausweitung der vorzulegenden Unterlagen und Angaben höchst kompliziert geworden. Gemäß dem Föderalen Gesetz Nr. 102-FZ vom 7. Mai 2013 sind Kandidaten für ein Regionalparlament, für das Amt des Gouverneurs und das des Oberhauptes eines Landkreises oder einer Großstadt verpflichtet, bis zum Zeitpunkt ihrer Registrierung ihre Konten (Einlagen) im Ausland aufzulösen und die Deponierung von Geldvermögen und anderen Wertsachen bei ausländischen Banken einzustellen. Die Kandidaten und ihre Familienangehörigen müssen darüber hinaus Angaben zu größeren Ausgaben vorlegen, die sie im Lauf der letzten drei Jahren getätigt haben, falls diese Ausgaben das Einkommen des Kandidaten und des Ehepartners in diesen letzten drei Jahren übersteigen. Diese praktisch rückwirkend eingeführten Vorschriften haben die Kandidaten vor Schwierigkeiten gestellt – viele hatten die betreffenden Unterlagen nicht aufbewahrt, weil hierzu keine Notwendigkeit bestand. Zusätzlich wurde 2012 ein lebenslanger Entzug des passiven Wahlrechts bei Personen eingeführt, die wegen schwerer oder besonders schwerer Straftaten verurteilt wurden, völlig unabhängig von Verjährungsfristen. Diese Bestimmungen haben bei Menschenrechtlern scharfe Kritik ausgelöst.
- Gemäß dem Föderalen Gesetz Nr. 157-FZ vom 2. Oktober 2012 ist der Übergang vollzogen worden, durch den die Wahlkommissionen in den Stimmbezirken auf fünf Jahre berufen werden. Die

Stimmbezirke sollten bis zum 20. Januar 2013 für einen Zeitraum von fünf Jahren festgelegt werden, die dazugehörigen Wahlkommissionen bis zum 30. April 2013. Die Praxis zeigt, dass in die neuen Kommissionen zu großen Teilen Vertreter der Dumaparteien berufen wurden. Schwierigkeiten bei der Entsendung von Kommissionsmitgliedern gab es in vielen Regionen für Parteien, die nicht in der Staatsduma vertreten sind und als oppositionell gelten. Auch bei der Präsenz in den Kommissionsleitungen war ein Ungleichgewicht festzustellen (es dominieren Vertreter von »Einiges Russland«).

Kandidatenaufstellung und Wandel des Parteiensystems

Der Prozess der Nominierung von Parteilisten und Einzelkandidaten hat deutlich gemacht, dass das veränderte Format des Parteiensystems und die erhöhte Anzahl der Parteien bereits zu qualitativen Veränderungen geführt haben.

Das geschah ungeachtet des Umstandes, dass die Staatsmacht anfangs, ganz wie 2012, die Absicht hatte, die Wahlen nach einem Trägheitsszenario ablaufen zu lassen; daraus ist nichts geworden. Grundlage der Strategie war eine Konzentration auf »Einiges Russland« und die Bereitschaft, hierzu gegebenenfalls sogar eine niedrige Wahlbeteiligung zu stimulieren. Damit wurde eine Verringerung der eigenen Legitimität riskiert, nur um formal die gewünschten Stimmenanteile zu erreichen. Die Regierung hatte vor allem mit der Strategie »Stimmen Sie für jede andere Partei!« zu kämpfen (2011 war das die Grundstrategie der Opposition zur Wählermobilisierung gewesen), sowie mit der unausweichlichen Gefahr, dass »die Satelliten mutieren«. Das konnte nur über eine Liberalisierung der Parteiengesetzgebung erfolgen. Bis 2011 waren nur sieben Parteien zugelassen und die Eliten waren genötigt gewesen, sich diesen anzuschließen, wenn sie an den Wahlen teilnehmen wollten, selbst dann, wenn sie deren Ansichten nicht teilten. Als Folge vollzog sich in den 2000er Jahren praktisch eine Zerstörung des Parteiensystems, ein Profilverlust der Parteien, in die man nicht um der Ansichten willen eintrat, sondern notgedrungen oder aus Gründen der politischen Konjunktur. Das hatte gleichzeitig die Konzentration von Proteststimmungen bei praktisch allen alternativen Parteien befördert. Alles hat seinen Preis. Ein Nebeneffekt des Kampfes für eine Zersplitterung der Proteststimmen bestand in der beginnenden Auflösung der »Partei der Macht«. Schließlich war ja das gesamte Parteiensystem künstlicher Natur, und in allererster Linie die Partei der Macht.

Sobald sich für die Eliten der verschiedenen Ebenen, die zuvor noch zu einem Eintritt in nur sieben zugelassenen Parteien genötigt wurden, eine Wahlmöglich-

keit bot, mit wem sie sich verbinden und durch wen sie sich zur Wahl stellen können, geriet das System ins Rutschen. Es entstehen nicht nur ständig neue Parteien und Führungsfiguren, sondern auch deren Partner vor Ort, regionale und lokale Eliten, die nicht selten verzögert auf institutionelle Veränderungen reagieren, denen allmählich die grundlegende Änderung der politischen Spielregeln und die erweiterten Möglichkeiten bei der Suche nach neuen politischen Verbündeten bewusst werden. Je länger dieser Prozess voranschreitet, desto stärker entwickeln die regionalen und lokalen Eliten ihre Freiheit bei der Suche nach politischen Partnern auf föderaler Ebene. Dadurch hat eine allmähliche Auflösung der künstlichen Konglomerate von Elitengruppen und persönlichen Klientelen bestimmter Politiker eingesetzt, die unter den Bedingungen eingeschränkter Konkurrenz und eines gelenkten Parteienwesens unter formalen Parteischildern entstanden waren.

Bedrohung für die »Systemparteien«?

Bei der Nominierung der Kandidaten und Parteilisten hat ein Abfluss von Angehörigen der regionalen und lokalen Eliten aus praktisch allen »Systemparteien«, also den in der Staatsduma vertretenen Parteien eingesetzt.

Die Wahlen haben gezeigt, dass nicht nur eine ganze Reihe neuer Parteien entstanden ist (u. a. »Bürgerplattform«, »Rodina«, »Allianz der Grünen–Volkspartei«), denen sich in einigen Regionen wichtige regionale Akteure anschließen, die Wähler sowie finanzielle und Medienressourcen aktivieren können. Dabei kann eine Partei, die in einigen Regionen als ernsthafter Akteur auftritt, in anderen Regionen durchaus als »Spoiler« agieren. Der Versuch, unter dem Aushängeschild der überparteilichen »Volksfront – Für Russland« (»NFR«; der früheren »Allrussischen Volksfront«, russ. Abk.: »ONF«) eine breite Koalition zu bewahren, und eben nicht unter dem an Einfluss verlierenden »Einiges Russland«, hat auch zu einem Abfluss von Kandidaten der »Partei der Macht« geführt, unter anderem zu jenen neuen Parteien, die Mitglieder der NFR / ONF sind (»Patrioten Russlands«, »Rodina«).

Nachdem die Gefahr erkannt wurde, die dieser Prozess birgt, machte sich in den Machteliten Hysterie breit, und es wurde versucht, einen Teil der Akteure von den Wahlen fernzuhalten. Es war jedoch schon nicht mehr möglich, alle aus dem Rennen zu nehmen; der Druck war eher punktuell und hatte das Ziel, das Ausmaß der elektoralen Bedrohung zu verringern. Es ist bezeichnend, dass Wahlskandale und Fälle einer Nichtzulassung populärer Kandidaten und Parteilisten häufiger wurden, obwohl es ja Änderungen in der föderalen Wahlgesetzgebung gegeben hat, die die Registrierung von Einzelkandidaten politischer Parteien (durch eine Befreiung von der

Unterschriftensammlung bei den meisten Wahlen) als auch die Registrierung der Parteien selbst formal erleichtert haben. Dieser elektoraler Rückschritt erscheint in einem Teil der Regionen wie die Rückkehr zu elektoralen Praktiken, die bis 2009 vorherrschend gewesen waren; von 2004 bis 2009 ist die Beseitigung von populären, der Regierung aber oppositionell gegenüberstehenden Parteien und Kandidaten aus dem Wahlprozess eine Massenerscheinung gewesen. Ungeachtet der öffentlichen Erklärungen durch Vertreter des Regimes, dass man die Gewährleistung fairer Wahlen mit Wettbewerb anstrebe, ist bei der Registrierung von Parteilisten und Kandidaten dieser Rückschritt zu beobachten gewesen.¹

Faktisch ist eine Dissonanz zweier Strategien entstanden: zwischen dem Bestreben, die gesellschaftliche Legitimität der Wahlen und die Stabilität der Macht zu erhöhen einerseits (was übrigens in einem strategischen Widerspruch zur Verschiebung der Wahlen auf Anfang September und der Einführung eines einzigen allgemeinen Wahltages steht), und der Angst vor einem Verlust der beherrschenden Stellung und einer Schwächung der elektoralen Kontrolle andererseits.

Das föderale Zentrum hat in einer Reihe von Fällen versucht, auf Auswüchse durch die Administrativen vor Ort zu reagieren. Diese Reaktion betraf allerdings nur Fälle, die in der Öffentlichkeit für Aufsehen gesorgt hatten, und sie war oft halbherzig. So wurde in Chakassien der Kandidatenliste von RPR-PARNAS drei Mal – selbst nach zwei Beschlüssen der Zentralen Wahlkommission in Moskau – die Registrierung verweigert, wobei der vorherige Ablehnungsbescheid praktisch abgeschrieben wurde. Im Gebiet Wladimir wurden zusammen mit der Wiedermulassung populärer Kandidaten auf der Liste auch zusätzliche »Spoiler« wieder zugelassen, wobei die Umsetzung der Beschlüsse der Zentralen Wahlkommission vor Ort oft verschleppt wurde und die Parteien und Kandidaten Zeit für den Wahlkampf verloren.

Die Gouverneurswahlen

In den meisten Regionen ist der Wettbewerb um die Gouverneursposten von Anfang an gering gewesen: Im Gebiet Wladimir waren neun Kandidaten nominiert worden, in Chakassien sieben, in der Transbaikal-Region sechs, in der Region Chabarowsk, im Gebiet Magadan und im Autonomen Bezirk Tschukotien jeweils fünf. Nur im Moskauer Gebiet wurden 16 Kandidaten nominiert, und in Moskau, wo eine eigen-

ständige Nominierung möglich ist, waren es vierzig. Den meisten der in diesen beiden Regionen nominierten Kandidaten war wohl bewusst, dass sie keine Chance auf eine Registrierung über die Unterschriften der kommunalen Abgeordneten haben (in den Regionen müssen dann Unterschriften von zwischen fünf und zehn Prozent der kommunalen Abgeordneten gesammelt werden). Sie nutzten die Nominierung daher eher als ein Mittel, den Bekanntheitsgrad zu erhöhen, da die Presse diesen Regionen aus verständlichen Gründen erhöhte Aufmerksamkeit schenkt. In der Folge wurden von 55 Kandidaten, die die Registrierungsunterlagen eingereicht hatten, vierzig registriert und 15 erhielten einen abschlägigen Bescheid. Was die Kandidaten betrifft, die das Registrierungsverfahren erfolgreich überstanden, haben sich die meisten erwartungsgemäß über Unterschriften von kommunalen Abgeordneten registrieren lassen, die ihrerseits von »Einiges Russland« aufgestellt worden waren. Auf diese Weise konnte »Einiges Russland« mit Hilfe des »kommunalen Filters« entscheiden, wer als Konkurrent für die eigenen Kandidaten zugelassen werden würde, und es war unter gesellschaftlichem Druck genötigt, Alexej Nawalnyj zu den Bürgermeisterwahlen in Moskau zuzulassen. Die Ergebnisse der Kandidatenregistrierung für die Gouverneurswahlen zeigen, dass bei den geltenden »dreischichtigen« Regeln im Falle einer eigenständigen Unterschriftensammlung ohne administrative Unterstützung in der Regel eine Nichtregistrierung erfolgte, und dass hier eine erfolgreiche Bewältigung dieses Verfahrens die Ausnahme darstellt. Bereits die Wahlen im Jahr 2012 hatten gezeigt, dass unter diesen Bedingungen sogar unter den aussichtsreichen potentiellen Kandidaten viele auf eine Nominierung verzichteten; die Wahlen 2013 haben diese Tendenz bestätigt. Damit ein Kandidat nicht registriert wird, musste man ihn nicht einmal behindern, es reichte, ihm nicht zu helfen. Genau dies widerfuhr Gleb Fetissow (»Allianz der Grünen – Volkspartei«) in Moskau und dem Moskauer Gebiet, O. Iwanow in Chakassien (RPR-PARNAS), A. Koscheljow in der Transbaikal-Region und A. Filippow im Gebiet Wladimir (beide »Bürgerplattform«), die sich bei der Unterschriftensammlung nicht auf administrative Hilfe stützen konnten.

Besonderheiten des Wahlkampfes

Die Verlegung der Wahlansetzung auf Anfang September bedeutete in Bezug auf den Wahlkampf automatisch, dass die Hauptphase des Wahlkampfes (u. a. der in den Medien, wo er 28 Tage vor dem Wahltag beginnt) auf die Sommerferienzeit fällt.

Das brachte vor allem wenig bekannte Kandidateneulinge ohne größere Erfahrung mit öffentlichen Kampagnen in eine ungünstige Lage: Bei Abwesenheit

1 Nagornych, I.: Kreml prodolschit peresagrusku wnutrennej politiki, in: Gaseta »Kommersant«, Nr. 119(5150), 10. Juli 2013, <http://kommersant.ru/doc/2230316>; Winokurova, Je.: Nawalnyj dobawit wyboram legitimnosti, 10. Juli 2013, http://www.gazeta.ru/politics/2013/07/09_a_5419993.shtml

eines beträchtlichen Teils der Wähler ist es schwierig, den Bekanntheitsgrad und die Zustimmungswerte bei Umfragen zu erhöhen. Allerdings war auch für die bekannteren Kandidaten und Parteien die Situation letztendlich schwierig. Daher waren die aussichtsreichsten Kandidaten bestrebt, den Wahlkampf so früh wie möglich zu beginnen, um ihren Bekanntheitsgrad und die Wahlprognosen bereits vor der Hauptferienzeit maximal zu erhöhen. So wurde in vielen Regionen praktisch schon seit März, April ein aktiver Wahlkampf geführt, wobei dieser zum Juli hin wieder erheblich abflaute.

Neben der durch die wichtigsten Kandidaten und Parteien faktisch vollzogenen Verschiebung der Wahlkampfzeit und des Massenwahlkampfes waren wie schon 2012 folgende Besonderheiten des Wahlkampfes zu beobachten:

- Vor allem wegen der Ansetzung der Wahlen auf Anfang September, wurde offensichtlich auf eine niedrige Wahlbeteiligung gesetzt, wobei man die gewünschten Ergebnisse über eine Mobilisierung der administrativ abhängigen Wählerschaft zu erreichen suchte; gleichzeitig wurden Methoden eingesetzt, mit denen alternative Parteien und Kandidaten sowie bei möglichen Protestwählern die Wahlen insgesamt diskreditiert und eine geringe Beteiligung regierungskritischer Wähler erreicht werden sollte. Eine solche Strategie führt in der Gesellschaft allgemein zu einem Legitimitätsschwund gewählter Organe, was hinsichtlich der langfristigen politischen Folgen höchst gefährlich ist;
- Der Einsatz von »Spoiler«-Methoden, bei dem sowohl bei Wahlen nach Parteilisten als auch in den Mehrheitswahlkreisen durch die Teilnahme von Parteien mit zum Verwechseln ähnlichen Namen, durch die Nominierung von Namensvettern und die Nominierung von zusätzlichen Listen und Kandidaten mit analogen Wahlpositionen die Stimmen aufgesplittert werden sollen;
- Der Einsatz von »Maskierungs«-Methoden ist der Versuch, die Aufmerksamkeit von bestimmten Parteien (vor allem von der »Partei der Macht« – dort, wo diese nicht sonderlich populär ist) abzulenken und die Unterstützung der Wählerschaft durch den Einsatz politischer Simulacra zu erhöhen, durch die der Wahlkampf betrieben wird (angefangen von ephemären gesellschaftlichen Bewegungen bis hin zu Kampagnen im Umfeld verschiedener Initiativen); dabei imitieren regierungsloyale Parteien und Kandidaten Protestrhetorik und Erneuerungsrhetorik, und greifen skandalträchtige Themen auf, um von jenen Fragen abzulenken, die der Regierung nicht genehm sind.

Die technologische Revolution

Eine weitere Besonderheit dieser Wahlen bestand in dem Einsatz neuer Wahlkampfmethoden, die auf neuen Technologien und der Revolution der sozialen Netzwerke beruhen.

Es ist offensichtlich, dass diese »technologische Revolution« heute nur für einen relativ begrenzten Kreis eher fortschrittlicher (und zu einer kritischen Reflexion der Realität neigender) Wähler »funktioniert«, die in den meisten Gebieten (außer eben in Moskau, Jekaterinburg und anderen großen Städten) noch nicht die Mehrheit bilden. Die indirekte Wahlwerbung, die über die offiziellen Medien betrieben wird (vor allem über das Fernsehen), und die üblichen Reklameträger konsolidieren vor allem eine traditionsverbundene, konformistisch eingestellte und weniger »fortschrittlich« informierte (dabei jedoch elektoral aktivere) Wählerschaft. Die »Spoiler«- und »Maskierungs«-Methoden sind eher auf jenen Teil der Gesellschaft ausgerichtet, der im Zwischen-(Übergangs-)bereich zwischen den traditionell-konformistischen und den informationstechnologisch fortschrittlichen, modernisierungsnahen Gesellschaftsteilen liegt. Sie sind dazu gedacht, den auf Protest gestimmten, jedoch nicht übermäßig informierten und gebildeten Teil der Gesellschaft zu desorientieren und einzuschüchtern, verwirren aber auch einen Teil der regimetreuen Wählerschaft.

Somit ergab sich eine Konkurrenz zweier Ansätze für Wahlkampfmethoden, eines archaischen, die Praktiken der Wahlmanipulationen der 1990er Jahre wiederholenden, und eines modernen, der beim Wahlkampf neue Kommunikationsansätze verfolgt.

Die Anführer der Proteste in den großen Städten haben den klassischen Manipulationsmethoden, die auf die konformistisch eingestellten und politisch weniger erfahrenen Wähler ausgerichtet waren, neue Ansätze zur Mobilisierung ihrer Anhänger gegenübergestellt: Sie haben Wahlkampfstäbe aus Freiwilligen organisiert und diese auch sehr zahlreich für den Wahlkampf engagiert, sie haben mit elektronischen Geldbeuteln Spenden eingeworben, Methoden des Netzwahlkampfes eingesetzt und mit neuen Formen visueller Werbung und Wahlkampfstellen experimentiert. Im Grunde sind hier die Kampagnen »von Tür zu Tür« durch Kampagnen »von Klick zu Klick« abgelöst worden. Und die administrativen Ressourcen konnten dem nur wenig entgegenstellen.

Die Wahlergebnisse und die politische Landschaft

Ein Ergebnis der Wahlen ist erwartungsgemäß die geringe Wahlbeteiligung: Selbst bei den Gouverneurswahlen, die gewöhnlich bei den Wählern am populärsten sind, ist die Beteiligung sichtlich zurückgegangen: Sie lag bei 32,1 % in Moskau, 32,3 % im Gebiet Magadan, 33,3 % in der

Transbaikal-Region, 33,9 % in der Region Chabarowsk, 37,8 % in Chakassien. Bei den Wahlen zu den Gesetzgebenden Versammlungen betrug die Beteiligung im Gebiet Irkutsk 25,3 %, im Gebiet Smolensk 29,6 %, im Gebiet Archangelsk 25,2 % (in der Stadt Archangelsk selbst nur 20 %). Die 28,5 % Wahlbeteiligung bei den Gouverneurswahlen im Gebiet Wladimir bedeuten für Wahlen zum Oberhaupt eines Föderationssubjekts den niedrigsten Wert der 1990er und 2000er Jahre und einen neuen Negativrekord.

Die vorwiegend ethnisch geprägten Regionen, die »Peripherien« der Regionen (die ländlichen Gebiete und kleineren Städte dort) sowie die Regionen mit »striker elektoraler Kontrolle«, wo der Ausgang der Wahlen sowohl in Bezug auf die Beteiligung als auch die Stimmenanteile für die Wahlsieger hinsichtlich ihrer Korrektheit und mathematischen Plausibilität stets auf heftige Kritik der Experten gestoßen ist (Gebiet Kemerowo, Republik Tschetschenien, Baschkortostan), weisen die aktivste Wählerschaft aus. Die Mittel, mit denen die Wahlbeteiligung sichergestellt wird, sind an Hand der Daten zur »Stimmabgabe zu Hause« (außerhalb des Wahllokals) gut ersichtlich: Im Gebiet Iwanowo waren das 22 % aller, die gewählt haben, im Gebiet Smolensk 13,4 %, im Gebiet Wladimir 12 %, im Gebiet Rostow 11,7 %, im Gebiet Uljanowsk 11,34 % und im Gebiet Jaroslawl 11,27 %. Gleichzeitig hat der Anteil der in Moskau außerhalb des Wahllokals angegebenen Stimmen (4,5 %) für ebensoviel Diskussionen gesorgt. Auch sollten nicht die Berichte der Wahlbeobachter und in den Medien vergessen werden, die in einigen Städten die fast schon üblichen Busse mit Gruppen von »Karusell«-Wählern beobachtet haben, und auch nicht das ganz direkte Einwerfen zusätzlicher Stimmzettel (solche Signale kamen u. a. aus Jekaterinburg, Woronesch, Wolgograd und Rjasan). Gleichwohl kam der Rückgang der Wahlbeteiligung einem Erdbeben gleich.

Die Wahlergebnisse in den größten Städten – der sensationelle zweite Platz bei der Moskauer Bürgermeisterwahl für Alexej Nawalnyj, einen der Anführer der Proteste, der den Akzent auf die Korruptionsbekämpfung gelegt hat, sowie die Wahl von Jewgenij Rojzman zum Bürgermeister von Jekaterinburg – haben gezeigt, dass die früheren Methoden elektoraler Manipulation nicht mehr störungsfrei funktionieren. Es stellte sich heraus, dass das Setzen auf eine niedrige Wahlbeteiligung sich auch gegen die Ziele der Regierung auswirken kann, nämlich dann, wenn in einer Region eine charismatische Führungsfigur eine alternative Kampagne zur Mobilisierung seiner Wählerschaft führt. Die Protestwähler sind in Vielem besser mobilisiert und konsolidierter gewesen als die loyalen und konformistisch eingestellten.

Was die regionalen Parlamentswahlen betrifft, so gibt es im politischen Diskurs in Russland den traditionellen Streit, was für die Entwicklung der Wahlergebnisse für die Parteien als Vergleichspunkt zu nehmen ist – die letzten Wahlen auf gleicher Ebene, oder die regionalen Ergebnisse bei den letzten landesweiten Wahlen. Für eine Bewertung der Ergebnisse von »Einiges Russland« ist diese Diskussion von grundlegender Bedeutung: Während die letzten Wahlen zu den Vertretungsorganen, die in diesem Jahr erneut gewählt wurden, zwischen 2007 und 2009 stattgefunden hatten, nämlich als die Unterstützung für diese Partei am größten war, so sind die Wahlen vom Dezember 2011 in vielen Regionen des Landes offensichtlich problematisch für diese Partei gewesen.

Wird der Dezember 2011 zum Vergleich herangezogen, dann gibt es Regionen, in denen das Ergebnis für »Einiges Russland« zurückgegangen ist (Burjatien, Kalmykien, Jakutien und auch Tschetschenien), Regionen mit einem fast unverändertem Ergebnis (Transbaikal-Region), und Regionen, in denen die Partei ein wenig zulegen konnte (Republik Chakassien und die Gebiete Smolensk und Wladimir). Die bedeutendsten Zuwächse sind in den Gebieten Iwanowo, Irkutsk, Uljanowsk und Jaroslawl verzeichnet worden. Fasst man den stellenweisen Rückgang und die Zuwächse anderenorts zusammen, ergibt sich insgesamt eine Wiederholung der Ergebnisse vom Dezember 2011. Angesichts der nun wesentlich geringeren Wahlbeteiligung und der eindeutigen Manipulationen bei der Organisation und Durchführung dieses Urnengangs hat die »Qualität« dieses Ergebnisses jedoch drastisch abgenommen. Zum Vergleich: Im Oktober 2012 waren nach zwei auszehrenden föderationsweiten Wahlen durch die Ermüdung der Wähler und die Demoralisierung der Systemparteien die Ergebnisse für die Partei der Macht im Vergleich zu den Duma-wahlen 2011 fast überall erheblich angewachsen. Diese Tendenz ist nun gebrochen und es erfolgte, die Wahlbeteiligung angepasst, praktisch eine Rückkehr zu den Ergebnissen von 2011. Werden zum Vergleich die jeweils letzten regionalen Parlamentswahlen herangezogen, die vorwiegend 2008, zum Teil auch in den Jahren 2007 und 2009 stattgefunden hatten, so sind hier die Ergebnisse für die »Partei der Macht« drastisch abgefallen.

Gleichzeitig haben die Systemparteien im Vergleich zum Dezember 2011 fast überall erhebliche Verluste zu verzeichnen gehabt: Ihre Stimmen wurden durch die »Spoiler« zerstückelt und von neuen Projekten abgejagt, die sich in einer Reihe von Fällen im Gedränge gegenseitig »versenkten«. Dadurch ergibt sich bei der Mandatsverteilung eine totale Dominanz von »Einiges Russland«. Es besteht hier eine offensichtliche Dissonanz, insbesondere, wenn man die höchst erfolgreichen Kam-

pagnen von Angehörigen der »außerparlamentarischen« Opposition in Moskau, Jekaterinburg, Krasnojarsk und Petrosawodsk berücksichtigt.

Den Wahlergebnissen zu Folge werden in den Parlamenten der Republik Baschkostan und des Gebietes Kemerowo zwei Parteien vertreten sein (in Kemerowo erhält, wie auch bei den vorigen Wahlen, eine zweite Partei ein Trostmandat, ohne dabei die entsprechende Sperrklausel überwinden zu müssen, weil per Gesetz die Mandate unter mindestens zwei Parteien verteilt werden müssen. Seinerzeit hatte »Gerechtes Russland« ein Trostmandat erhalten, nun ist es die LDPR). Jeweils drei Parteien sind in den Parlamenten der Republik Tschetschenien sowie der Gebiete Iwanowo, Rostow und Uljanowsk vertreten. In den meisten Regionen ziehen jeweils vier Parteien in die Regionalparlamente ein, in den Gebieten Archangelsk, Smolensk und Jaroslawl entstehen Fünfparteiparlamente.

Die KPRF ist in 14 von 16 Regionalparlamenten eingezogen (in Tschetschenien und dem Kusbass haben es die Kommunisten nicht geschafft). Am meisten Niederlagen hatte »Gerechtes Russland« zu verkraften: Die Partei ist in sieben Regionen gescheitert. Die LDPR ist in 5 von 16 Regionen unter fünf Prozent geblieben, erhält aber dennoch im Gebiet Kemerowo aus den oben genannten Gründen mit nur 3,9% ein Mandat. Ein schwacher Trost für »Gerechtes Russland« besteht darin, dass dessen durchschnittlicher Stimmenanteil über alle Regionen hinweg trotzdem über dem der LDPR liegt.

Über den Autor:

Dr. rer. pol. Alexander Kynew ist Leiter der Regionalprogramme der Stiftung zur Entwicklung der Informationspolitik und Experte des Komitees für Bürgerinitiative (Kudrin). In den Vorjahren arbeitete er u. a. als Leiter der analytischen Abteilung der Wahlbeobachtungs-NGO GOLOS.

Lesetipps

Die vollen Texte von Kynevs Analysen auf Russisch:

- Komitet Graždanskich Inicijativ: Doklad №4 po monitoringu izbiratel'noj kampanii 8 sentjabrja 2013: Roždenie novoj paradigmy vyborov. 2013 16 sen (avtor stat'i: eksperty KGI Aleksandr Kynev, Arkadij Ljubarev, Andrej Maksimov) <http://komitetgi.ru/analytics/848/#.UjldUT-MEzs>, 18. September 2013; Analitičeskij obzor »Roždenie novoj paradigmy vyborov« <http://komitetgi.ru/upload/iblock/602/602bc8619d848d1b76661cd8f938ec3e.doc>, 18. September 2013; Priloženija 1–9 k analitičeskomu obzoru <http://komitetgi.ru/upload/iblock/61a/61ae8928b52baa70f6f7bcb06562847a.doc>, 18. September 2013
- Analitičeskij obzor. Agitacionnaja kampanija i podgotovka k dnju golosovanija 8 sentjabrja 2013: kosvennaja agitacija, spojlerskie i »maskirovočnye tehnologii« protiv tehnologičeskoj revoljucii. 2013 02 sen. avtor stat'i: Aleksandr Kynev, Andrej Maksimov <http://komitetgi.ru/upload/iblock/cc7/cc72727d6f5f2c3ccd06fa2fbb5170ea.pdf>, 8. September 2013
- Komitet Graždanskich Inicijativ: Vtoroj doklad po monitoringu izbiratel'noj kampanii 8 sentjabrja 2013. Itogi registracii kandidatov: meždu bor'boj za legitimnost' i strachom utraty kontrolja. Avtor stat'i: Aleksandr Kynev, Arkadij Ljubarev, Andrej Maksimov. 2013 14 avg <http://komitetgi.ru/upload/iblock/f27/f271cd36f3ce015026b53fa5ea4e76db.doc>, 14. August 2013
- Komitet Graždanskich Inicijativ: Vyborny 8 sentjabrja 2013 goda: Pravovyje i političeskie osobennosti. Analitičeskij doklad. Obzor podgotovili eksperty Komiteta graždanskich inicijativ kand. polit. nauk A.V. Kynev i kand. jurid. nauk A.E. Ljubarev <http://golosinfo.org/wp-content/uploads/2013/07/Doklad-pravovy-e-osobennosti-vy-borov-8-sentyabrya-2013.pdf>, 9. Juli 2013

In zwei Regionen (Gebiet Irkutsk und Kalmykien) ziehen sowohl die »Bürgerplattform«, als auch die »Patrioten Russlands« ins Parlament ein; in der Abgeordnetenversammlung des Gebiets Archangelsk ist jetzt die Partei »Rodina« vertreten; im Obersten Sowjet der Republik Chakassien sitzen nun auch die »Kommunisten Russlands«; die »Russische Rentnerpartei für Gerechtigkeit« hat es in die Gebietsduma Smolensk geschafft; in der Gebietsduma Jaroslawl ist jetzt »RPR-PARNAS« vertreten, die für jene Wähler gekämpft hat, die dem verhafteten Bürgermeister Jaroslawls Jewgenij Uraschow von der »Bürgerplattform« beistehen wollen.

Bei vielen Kommunalwahlen haben neue Parteien sowie Parteien, die früher als Außenseiter galten, die Hürde nehmen können. So wurde die Wahl zum Stadtrat von Krasnojarsk, einer Millionenstadt, praktisch von der Partei »Patrioten Russlands« gewonnen, die auf Grund der Erfolge bei den Direktmandaten jetzt die größte Fraktion stellt.

Die Erfolge der neuen Projekte hätten noch größer ausfallen können, wenn sie nicht von den staatlichen Behörden behindert worden wären, die sich in einer Reihe von Fällen schützend auf die Seite der »alten« Parteien stellten. Die Wahlergebnisse, die den heranreifenden gesellschaftlichen Wandel symbolhaft veranschaulichen, könnten einen Dominoeffekt in anderen Regionen auslösen, indem viele, die bislang noch vor einem Austritt aus den alten Parteien zurückschrecken, ihre Ängste ablegen.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Überraschende Bürgermeisterwahl in Moskau

Andrey Buzin, Moskau

Zusammenfassung

Die Bürgermeisterwahl in Moskau war durch eine ganze Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet. Zunächst wurde sie überraschend um zwei Jahre vorgezogen. Dann trat dort ein echter Oppositionskandidat zur Wahl an: Alexej Nawalnyj, der wider Erwarten auch offiziell registriert wurde. Dies geschah offenbar auf Betreiben des Amtsinhabers Sobjanin, der dem Wahlprozess größere Legitimität verleihen wollte. Auch der Wahlkampf wurde weniger als bisher durch den Einsatz »administrativer Ressourcen« bestimmt. Bei der Organisation des Abstimmungsprozesses übernahmen die lokalen Administrationen – die Präpekturen und Ortsämter in der Stadt Moskau – eine ungewohnte Rolle: Sie führten Schulungen für die Wahlkommissionen durch, die unter anderem die traditionswidrige Anweisung enthielten, sich streng an Recht und Gesetz zu halten und Wahlbeobachter nicht aus den Wahllokalen zu verweisen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Bürgermeisterwahlen 2013 in Moskau außergewöhnlich waren, die Folge wenn nicht einer veränderten Politik der Regierung, so zumindest einer versuchten Prüfung, wie die Reaktionen auf Wahlen mit realem Wettbewerb ausfallen – an Wahlen dieser Art hatte sich die Gesellschaft in Russland während der kurzen Post-Perestroika-Phase von 1989–1996 nicht ausreichend zu gewöhnen vermocht.

Eine vorgezogene Wahl

Die Bürgermeisterwahl in Moskau war in jeder Hinsicht überraschend.

Zum einen erfolgte sie vorzeitig, zwei Jahre früher als vorgesehen. Der 2010 eingesetzte (nicht gewählte) Sergej Sobjanin hatte nach Rücksprache mit dem Präsidenten entschieden, dass es vernünftiger wäre, die Wahl im Sommer 2013 stattfinden zu lassen, da in dieser Zeit keine starke politische Aktivität zu erwarten war: Die Moskauer hatten Sobjanin noch nicht satt, die alten Parteien stellten keine große Gefahr da, und die neuen Parteien waren noch nicht stark genug. Die bekannt gewordene formelle Erlaubnis Putins zur Teilnahme Sobjanins an der Wahl erfolgte zwei Tage vor deren Ansetzung.

Zweitens konnte niemand erwarten, dass Alexej Nawalnyj, einer der Führer der »nichtsystemischen« Opposition, zu der Wahl zugelassen werden würde. In Russland gibt es den Begriff der »Systemopposition«, der die drei Parteien KPRF, LDPR und »Gerechtes Russland« beschreibt. Darüber hinaus waren Anfang 2012 – neben »Einiges Russland« – drei weitere Parteien registriert gewesen: »Jabloko«, »Patrioten Russlands« und »Rechte Sache«. Die Existenz von nur sieben Parteien erklärt sich aus den in den 2000er Jahren erfolgten gezielten Maßnahmen der Staatsmacht zur »Ordnung« des Parteiensystems, durch die sich die meisten Parteien wegen der höchst strengen Parteiengesetzgebung, die von den Parteien eine Mitgliedschaft von mindestens 50.000 verlangte, auflösen mussten. Dieses Parteiensystem repräsentiert nicht nur nicht das Spektrum politischer Interessen der Bevölkerung, sondern war auch für das Zentrum leicht zu lenken. Und obwohl Anfang 2012 die Mindestmitgliedszahl für Parteien auf ein Hun-

dertstel verringert wurde und rund 60 neue Parteien entstanden, sind diese neuen Parteien noch schwach, und viele von ihnen nur polit-»technologische« Attrappen.

Das erklärt den Umstand, dass erneut (wie Ende der 1980er Jahre) informelle, nicht registrierte gesellschaftliche Bewegungen und einzelne Personen zur realen Opposition gegen die Staatsmacht wurden. Die Popularität dieser Personen ist in einem erheblichen Maße nicht durch die klassischen Medien, von denen ein großer Teil sich unter der Kontrolle des Staates befindet, sondern durch die sozialen Medien im Internet entstanden. Einer der bekannten Blogger, die das Regime scharf und überzeugend kritisieren, ist Alexej Nawalnyj. Er hat das herrschende Regime an einer empfindlichen Stelle getroffen – an dessen eigennützigem Interessen in der Wirtschaft. Das Regime ging daraufhin mit den gewohnten Methoden gegen ihn vor, mit massierter Kritik in den Medien und später auch mit Gerichtsverfahren. Dieses Vorgehen des Regimes hat Nawalnyj jedoch nur bekannter gemacht und sein Ansehen beim nichtkonformistischen Teil der Bevölkerung anwachsen lassen.

Die unerwartete Ansetzung der Bürgermeisterwahl in Moskau war für die politische Karriere Nawalnyjs ein Geschenk: Das Gerichtsverfahren gab ihm die Gelegenheit, seine Bekanntheit auf die föderale Ebene auszuweiten. Er war zweifellos der einzige gefährliche Opponent, und einer, den die Staatsmacht anscheinend bei den Wahlen so nicht erwartet hatte.

So war es die dritte und wohl größte Überraschung für die Bürger des Landes, dass der Bürgermeisterkandidat Nawalnyj für die Wahlen registriert wurde. In Russland macht es ja die Gesetzgebung und die fehlende Gewaltenteilung faktisch möglich, jedem nicht

genehmen Kandidaten die Registrierung zu verweigern. Bei der Bürgermeisterwahl in Moskau muss ein Kandidat die Unterstützerunterschriften von 110 Abgeordneten der kommunalen (Bezirks-)Parlamente einholen. Das entspricht sechs Prozent aller kommunalen Abgeordneten. Diese Vorschrift ist außer für Sobjanin und den KPRF-Kandidaten Iwan Melnikow für keinen der Kandidaten praktisch erfüllbar gewesen, da die 2012 gewählte kommunale Abgeordnetenschaft vor allem aus Personen besteht, die durch das Regime leicht zu lenken sind, ergänzt durch einige Vertreter der KPRF. Unter den kommunalen Abgeordneten sind zwar auch Unabhängige sowie Vertreter von »Gerechtes Russland«, LDPR und »Jabloko« zu finden; deren Anzahl ist jedoch nicht ausreichend, um die Nominierung eines entsprechenden Kandidaten zu gewährleisten. Völlig unerwartet erfolgte dann die Aufforderung der Administration an die kommunalen Abgeordneten (praktisch ein Befehl oder zumindest eine Genehmigung), ihre Unterschrift den Kandidaten Michail Degtjarjow (LDPR), Nikolaj Lewitschew (»Gerechtes Russland«), Sergej Mitrochin (»Jabloko«) und Alexej Nawalnyj (formal durch die liberale Partei »RPR-PARNAS« nominiert) zu geben.

Der Registrierungsprozess

Insgesamt hatten 41 Kandidaten eine Nominierungserklärung abgegeben. Neben den bereits genannten war Gleb Fetissow (von der Partei »Allianz der Grünen – Volkspartei«) der wichtigste der nominierten Kandidaten. Für ihn hatte es von der Administration keine Anweisung zur Unterstützung gegeben, und er konnte nur 65 Unterschriften kommunaler Abgeordneter sammeln. Die übrigen Kandidaten verzichteten entweder selbst auf eine Registrierung, oder sie wurden nicht registriert, weil sie nicht die erforderliche Unterschriftenzahl hatten vorlegen können (unter diesen übrigen hatte Swetlana Pe'unowa mit acht die meisten Unterschriften sammeln können).

Es ist bemerkenswert, dass der Kandidat Sobjanin nicht durch eine Partei nominiert wurde; er hatte sich eigenständig nominiert. Das ist auf die in Moskau verbreitete Tendenz zurückzuführen, sich von der nicht sonderlich populären Partei »Einiges Russland« abzugrenzen. Ebenso spielt der Versuch des Regimes eine Rolle, eine Neuausrichtung hin zu einer politischen Unterstützung in Form der Bewegung »Allrussische Volksfront« vorzunehmen. Außer den Unterschriften der kommunalen Abgeordneten hatte ein eigenständig nominiertes Kandidat zusätzlich 73.021 Unterstützerunterschriften von Wählern einzuholen. Eine solche Unterschriftenzahl innerhalb eines Monats in der Ferienzeit zu sammeln, ist äußerst schwierig. Bei dieser Unterschriftensammlung sind aller Wahrscheinlichkeit nach administrative Ressourcen zum Einsatz gekommen.

Der Kandidat Melnikow hat die Unterschriften der Abgeordneten selbständig gesammelt, wobei 20% der Unterschriften von Vertretern der Partei »Einiges Russland« kamen. Die übrigen vier registrierten Kandidaten haben zum Teil Unterschriften vorgelegt, die nach dem Aufruf der Administration über den Verband »Rat der kommunalen Gebietskörperschaften der Stadt Moskau« gegeben wurden. Unter anderem hat Nawalnyj 49 Unterschriften über diesen Verband bekommen. Er wurde am 17. Juli 2012 als Kandidat registriert.

Praktisch gleichzeitig mit der Registrierung Nawalnyjs wurde dieser erstinstanzlich zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Obwohl das Urteil noch nicht rechtskräftig war, wurde er im Gerichtssaal in Gewahrsam genommen (was Tradition ist, allerdings nicht aus Kraft des Gesetzes). In Moskau und anderen Städten kam es daraufhin zu spontanen Demonstrationen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft (die Staatsanwaltschaften sind in direkter Linie dem Präsidenten untergeordnet) wurde am nächsten Tag die Untersuchungshaft unter Auflagen ausgesetzt. Somit lässt sich getrost feststellen, dass die Administration ihren Kurs dahingehend änderte, Nawalnyj trotz der potentiellen Gefahren zu den Wahlen zuzulassen.

Eine mögliche Erklärung für diesen merkwürdigen Umstand ist die Absicht von Putins Team, »sich einmal Nawalnyjs Stärke (bei Wahlen) anzuschauen«, um dessen mögliche Teilnahme an weiteren Wahlen zu erwägen.

Der Wahlkampf

Wenn die Administration bis dorthin noch versucht hatte, Nawalnyjs Kampagne mit behördlicher Gewalt zu behindern (Einziehung von Wahlwerbematerialien, Nichterteilung von Genehmigungen zur Anbringung von Werbeplakaten etc.), so ging man nach der Freilassung Nawalnyjs nur im Rahmen von Gegenagitation vor.

Darüber hinaus wurde beim Wahlkampf – im Vergleich zu vorherigen Wahlen – der Einsatz administrativer Ressourcen zurückgefahren, was die vierte Überraschung bei diesen Wahlen darstellt.

Von 1996 bis 2011 ist der Einsatz administrativer Ressourcen bei Wahlen in Moskau (und in Russland insgesamt) weit und intensiv verbreitet gewesen. Er bestand insbesondere in dem Einsatz der Polizei bei der Behinderung von Wahlkampfveranstaltungen und in massiver Wahlwerbung über die Medien (unter dem Anschein einer Berichterstattung über die Arbeit einer bestimmten Partei, eines bestimmten Kandidaten oder einer von diesem geleiteten Organisation). In Moskau ist in jenen Jahren das »Luschkowsche Medienimperium« geschaffen worden: städtische, Bezirks- und Stadtteilzeitungen mit einer Gesamtauflage von 7 Millionen – ein Exemplar für jeden Wähler –, die allesamt Propaganda über

die Erfolge der Administration machten und kostenlos in den Briefkästen der Wähler landeten.

Bei den Bürgermeisterwahlen 2013 sind nach dem 18. Juli keine Zwischenfälle mit der Polizei zu beobachten gewesen: Nawalnyj wurde es gestattet, seinen intensiven Wahlkampf auf den Moskauer Straßen zu veranstalten. Was die »Berichterstattung« über die Tätigkeit des geschäftsführenden Bürgermeisters Sobjanin betrifft, so fand die zwar auf den Fernsehkanälen und den Seiten der städtischen Zeitungen statt, jedoch in erheblich geringerem Maße als früher.

Der Regierung ist es jedoch nicht gelungen, ganz auf den Einsatz administrativer Wahl-»Technologien« zu verzichten. Eine Methode war die Nutzung der staatlichen Wählerdatenbank bei der Versendung von Wahlwerbebriefen Sobjanins an alle Rentner und bei der Verteilung von Lebensmittelpäckchen an diese Rentner am Vortag des Urnengangs. Wie gewohnt wurden Mitarbeiter der Sozialdienste (die sich um einsame ältere Menschen und Invaliden kümmern) eingesetzt, um deren Klientel zur Wahl zu bewegen.

Der Wahlkampfstab von Nawalnyj, der von Leonid Wolkow geleitet wurde, einem recht bekannten Oppositionspolitiker aus Jekaterinburg, hat einen für Moskau beispiellosen Wahlkampf organisiert. Der baute auf ein Engagement von Freiwilligen, von denen es dann einige Tausend gab, und darauf, dass deren Motivation ideeller und nicht materieller Natur war. Zusätzlich wurde darauf gesetzt, Gelder für den Wahlkampffonds über das Internet einzuwerben. Etliche Tausend Spenden sind bei dem Fonds eingegangen. Die Wahlkampfmethoden waren ungewöhnlich kreativ. Wichtigstes Element der Kampagne waren persönliche Treffen Nawalnyjs mit den Wählern, von denen er insgesamt rund 90 veranstaltete. Sein Wahlkampf war ausgereift, im energischen Stil amerikanischer Filme über Wahlen.

Das Ungewöhnliche dieser Wahlkampfführung hat bei der Regierung und wohl auch bei einigen Bürgern Verwunderung und Verärgerung hervorgerufen. Die staatlichen Medien unternahmen zwei Mal den Versuch, Nawalnyj Gesetzesverstöße vorzuhalten. Einmal wegen seiner ungewöhnlichen Methoden bei der Einwerbung von Wahlkampfspenden, ein anderes Mal, als eine große Menge vorschriftswidriger Wahlkampfmaterialien entdeckt wurde, die von der Gruppe »Brüder Nawalnyj« angefertigt worden waren, angeblich ohne, dass Nawalnyj selbst davon wusste. Gleichwohl haben sich diese Anschuldigungen nicht weiterentwickelt.

Der Abstimmungsprozess

Die fünfte Überraschung bestand in dem Verhalten der Regierung in Bezug auf die Stimmabgabe und die Stimmenauszählung, die abschließende Phase der Wahlen.

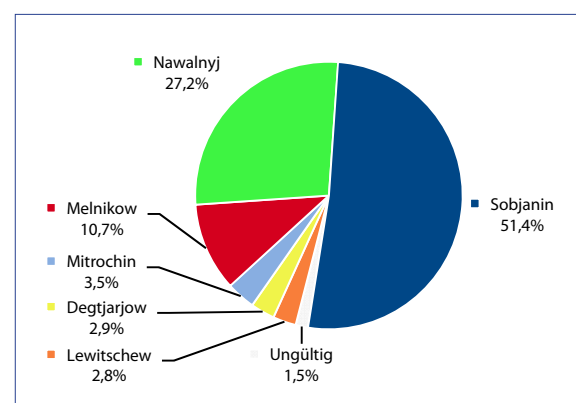
Bei der Vorbereitung der Stimmabgabe wurden auf Initiative der Administration – und unerwartet für die Wahlkommissionen vor Ort – in den Wahllokalen Videokameras angebracht, auf denen man den Ablauf der Stimmabgabe und der Stimmenauszählung verfolgt werden konnte. Ebenfalls auf Initiative der Administration wurde ein Drittel der Wahllokale mit speziellen Geräten (russ. Abk.: »KOIB«; dt.: »Geräte zur Verarbeitung von Stimmzetteln«) zur schnelleren Auszählung der Stimmen ausgestattet. Solche Geräte verringern die Wahrscheinlichkeit von Fälschungen.

Die lokalen Administrationen – die Präpekturen und Ortsämter in der Stadt Moskau – übernahmen eine für sie ungewohnte Rolle: Sie führten Schulungen für die Wahlkommissionen durch, die unter anderem die traditionswidrige Anweisung enthielten, sich streng an Recht und Gesetz zu halten und Wahlbeobachter nicht aus den Wahllokalen zu verweisen. Durch die Administration wurde verkündet, dass als Qualitätskriterium für die Arbeit der Wahlkommissionen nun eine möglichst geringe Zahl von Beschwerden über Unregelmäßigkeiten gelten werde (und nicht das Ergebnis für den Amtsinhaber oder die Wahlbeteiligung).

All diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass sich die Zahl der Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe und der Stimmenauszählung beträchtlich verringert haben und keine direkten Fälschungen festgestellt wurden.

Die Wahlergebnisse in Moskau weichen dieses Mal erheblich von den Prognosen der wichtigsten Meinungsforschungsinstitute (WZIOM, Lewada-Zentrum und FOM) ab, die Sobjanin über 60% und Nawalnyj rund 20% vorausgesagt hatten. Nach offiziellen Angaben sieht das Wahlergebnis wie folgt aus: 32,2% Wahlbeteiligung, davon 4,5% zu Hause, zum Ergebnis siehe die folgende Grafik.

Grafik 1: Ergebnis der Moskauer Bürgermeisterwahlen am 8. September 2013



Hierbei ist der Umstand bemerkenswert, dass der »nicht-systemische« und parteilose Politiker Nawalnyj um vierzig Prozent mehr Stimmen erhalten hat als alle Vertreter der Systemparteien zusammen. Das bestätigt offensichtlich die These von der Künstlichkeit des Parteiensystems in Russland, eines Parteiensystems, das wohl eher zur Vortäuschung von Wahlen geschaffen wurde.

Kritik

Ungeachtet der positiven Veränderungen, die es im Vergleich zu vorherigen Wahlen in Moskau gegeben hat, haben auch die jetzigen Wahlen für Kritik von Seiten der Anhänger Nawalnyjs sowie von Vertretern der KPRF gesorgt. Die Vertreter der KPRF haben der Administration vorgeworfen, dass der Zeitpunkt der Wahlansetzung sowie der bevorzugte Medienzugang für einen der Kandidaten insgesamt für eine ungleiche Situation der Kandidaten gesorgt haben.

Die Beschwerden der Anhänger Nawalnyjs erscheinen da begründeter. Die Wahl gilt als gültig und entschieden, wenn ein Kandidat mehr als die Hälfte der Stimmen errungen hat. Das Ergebnis für Sobjanin ist von dieser Marke lediglich 1,4 Prozentpunkte entfernt.

Über den Autor

Andrej Buzin, Dr. jur. und Dr. rer.nat., Mitglied der Moskauer Wahlkommission, führender Experte der Wahlbeobachtungs-NGO GOLOS, Leiter der Abteilung Wahlmonitoring.

Gleichzeitig ist der Anteil der »zu Hause« (mit mobilen Wahlurnen) abgegebenen Stimmen hoch, was zum Teil mit Hilfe administrativer Ressourcen bewerkstelligt wurde. Da man »zu Hause« überwiegend den Kandidaten der Administration wählt (was durch Wahlbeobachtung und Wahlstatistik bestätigt wird), könnte gerade dieser »administrative Nachschlag« der Stimmabgabe »zu Hause« dafür gesorgt haben, dass Sobjanin die 50%-Marke überwunden hat. Dieses Hauptargument wird von weiteren Beschwerden Nawalnyjs untermauert, von Klagen über einen bevorzugten Medienzugang (für Sobjanin), über Wählerbestechung und Verfahrensverstöße in den Wahllokalen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Bürgermeisterwahlen 2013 in Moskau außergewöhnlich waren, die Folge wenn nicht einer veränderten Politik der Regierung, so zumindest einer versuchten Prüfung, wie die Reaktionen auf Wahlen mit realem Wettbewerb ausfallen – an Wahlen dieser Art hatte sich die Gesellschaft in Russland während der kurzen Post-Perestrojka-Phase von 1989–1996 nicht ausreichend zu gewöhnen vermocht.

Übersetzung: Hartmut Schröder

UMFRAGE

Die Lage im Lande: Sorgen und Probleme

Tabelle 1: Welche der aufgeführten Probleme halten Sie landesweit für die wichtigsten? (geschlossene Frage, maximal sieben Antwortmöglichkeiten)

	März 2013	April 2013	Mai 2013	Juni 2013	Juli 2013	August 2013
Die Situation im Bereich der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft und deren Dienste	62 %	64 %	59 %	55 %	52 %	53 %
Inflation, Preisanstieg auf Waren und Dienstleistungen	46 %	44 %	42 %	47 %	47 %	50 %
Geringer Lebensstandard der Bevölkerung	49 %	49 %	44 %	46 %	43 %	46 %
Korruption und Bürokratismus	43 %	44 %	40 %	44 %	43 %	44 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 1: Welche der aufgeführten Probleme halten Sie landesweit für die wichtigsten ?
(geschlossene Frage, maximal sieben Antwortmöglichkeiten) (Fortsetzung)**

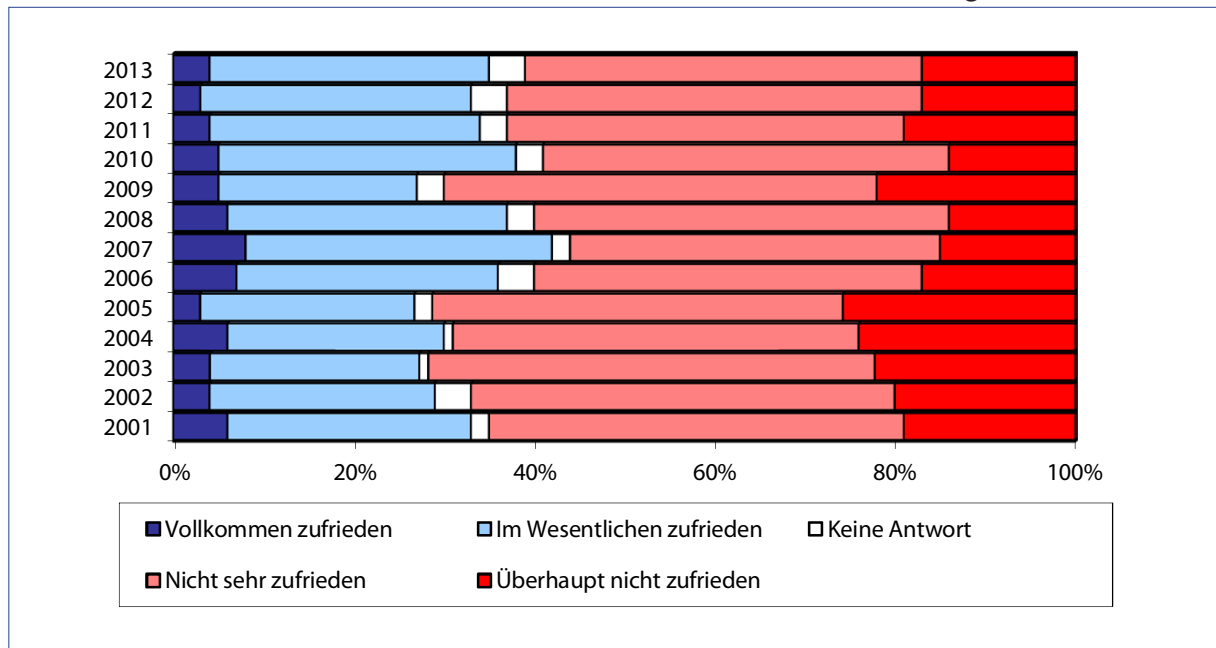
	März 2013	April 2013	Mai 2013	Juni 2013	Juli 2013	August 2013
Die Situation im Bereich der Gesundheitsfürsorge	40 %	42 %	37 %	43 %	37 %	34 %
Alkoholismus	39 %	38 %	39 %	38 %	35 %	34 %
Alterssicherung	35 %	35 %	35 %	32 %	33 %	32 %
Die Situation der Jugend	30 %	32 %	29 %	28 %	29 %	31 %
Drogensucht	35 %	31 %	33 %	29 %	33 %	30 %
Der Zustand von Sittlichkeit und Moral	24 %	29 %	27 %	25 %	24 %	30 %
Arbeitslosigkeit	38 %	34 %	39 %	36 %	31 %	28 %
Interethnische Beziehungen, Migration*				21 %	26 %	25 %
Die Situation im Bildungsbereich	26 %	28 %	24 %	25 %	24 %	22 %
Kriminalität	26 %	26 %	25 %	22 %	24 %	22 %
Einfluss der Oligarchen auf das wirtschaftliche und politische Leben im Land	20 %	23 %	20 %	20 %	24 %	22 %
Ökologie und der Zustand der Umwelt	21 %	21 %	23 %	22 %	17 %	15 %
Demokratie und Menschenrechte	9 %	10 %	11 %	9 %	13 %	14 %
Die demographische Situation (Geburtenrate, Sterblichkeit)	14 %	14 %	15 %	14 %	15 %	13 %
Wirtschaftslage (Wirtschaftskrise)	18 %	19 %	15 %	16 %	14 %	12 %
Terrorismus	12 %	15 %	21 %	15 %	14 %	10 %
Die Situation in der Armee	13 %	15 %	14 %	13 %	14 %	10 %
Verzögerungen bei der Lohnzahlung	11 %	10 %	13 %	10 %	12 %	10 %
Keine Antwort	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %	0 %

* Antwortmöglichkeit erst seit Juni 2013

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 31. August bis 1. September 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 18. September 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114493>

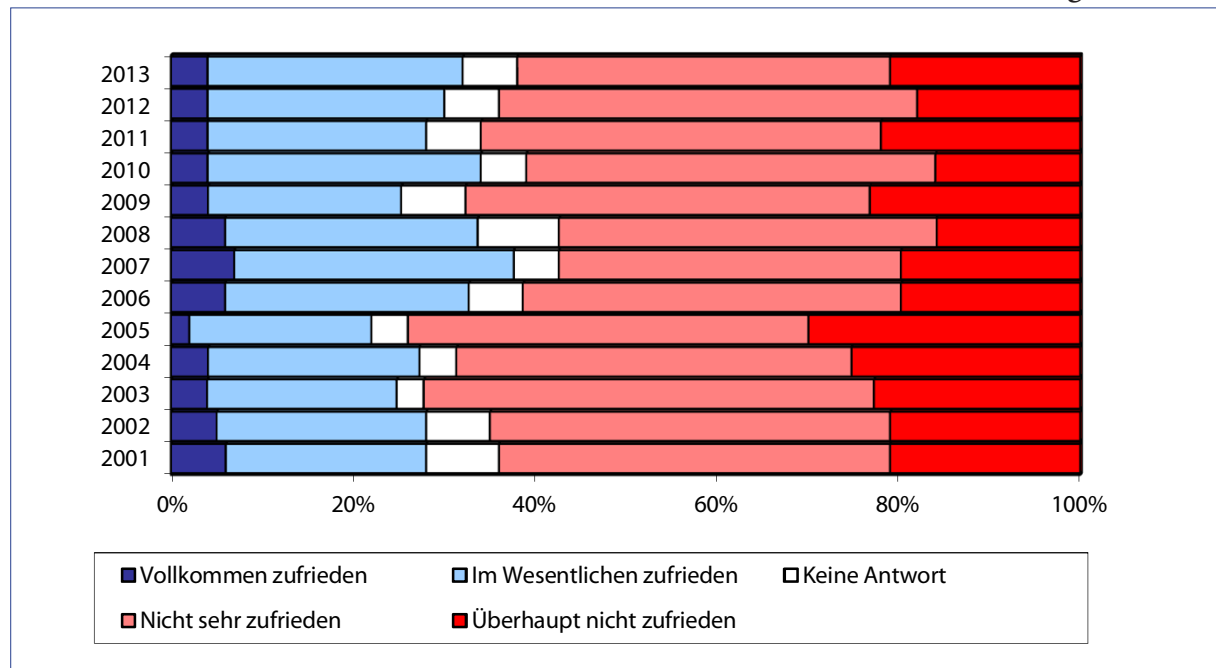
Zufriedenheit mit der Lage im Lande

Grafik 2: In wie weit sind Sie mit dem zufrieden, was momentan im Land geschieht?



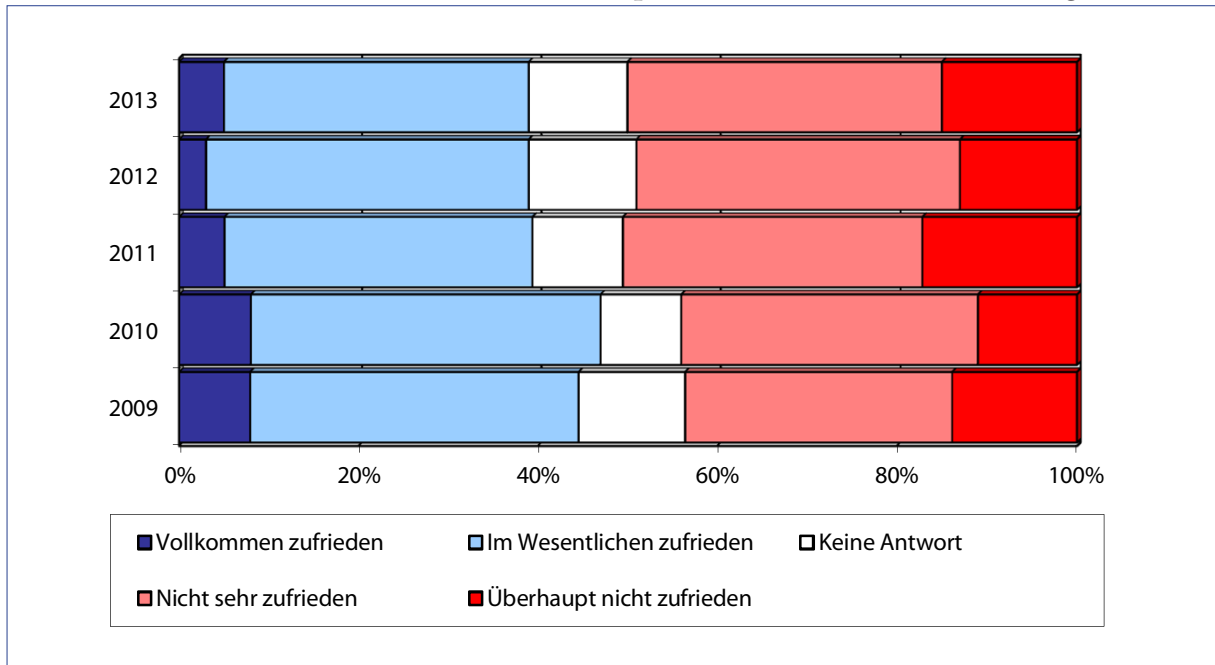
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 10. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/10-09-2013/udovletvorennost-rossiyan-polozheniem-del-v-strane>

Grafik 3: In wie weit sind Sie mit dem aktuellen Wirtschaftskurs der Staatsführung zufrieden?



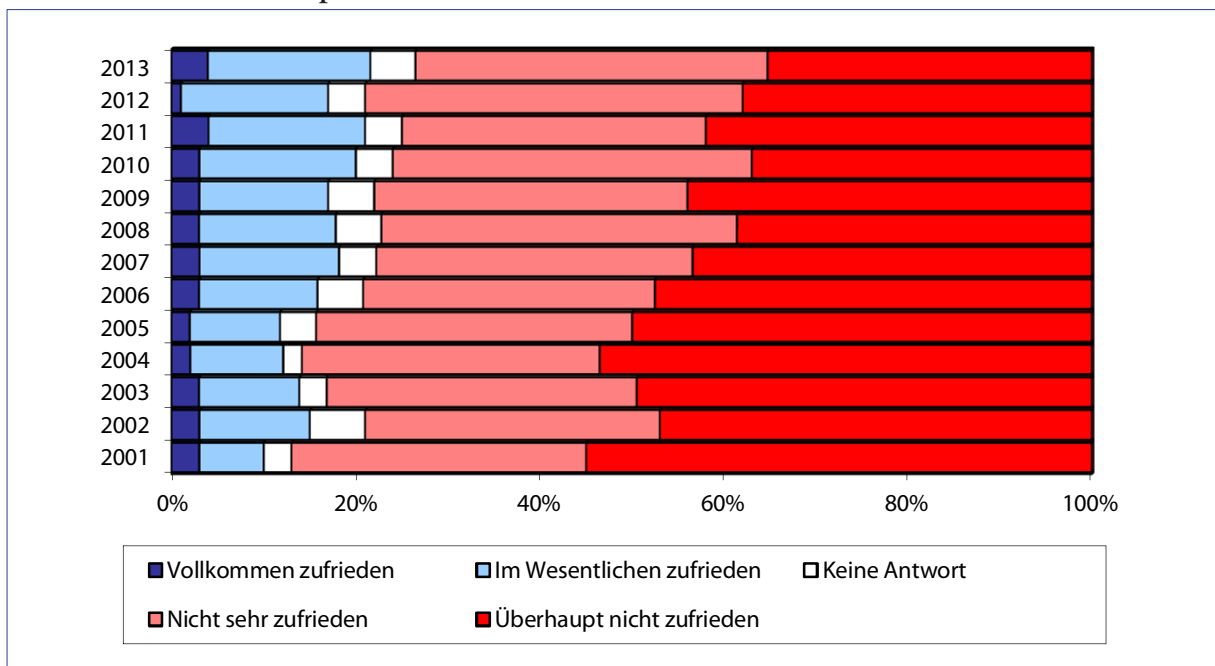
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 10. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/10-09-2013/udovletvorennost-rossiyan-polozheniem-del-v-strane>

Grafik 4: In wie weit sind Sie mit dem aktuellen politischen Kurs der Staatsführung zufrieden?



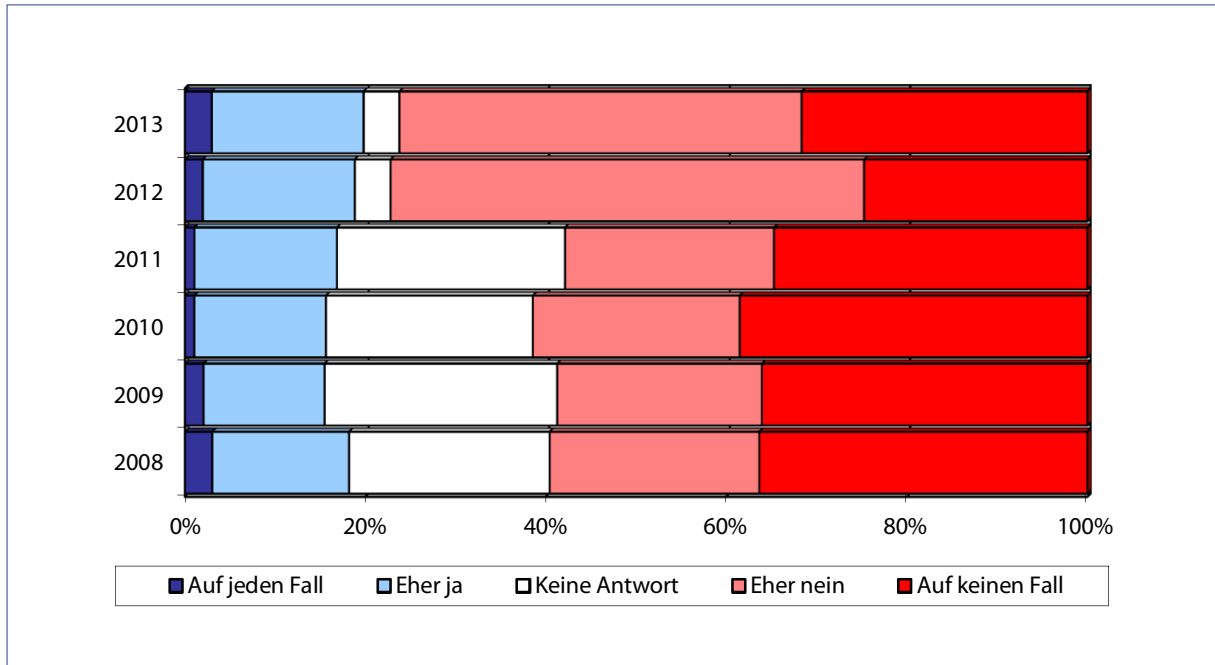
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 10. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/10-09-2013/udovletvorennost-rossijan-polozheniem-del-v-strane>

Grafik 5: In wie weit sind Sie damit zufrieden, was aktuell im Bereich von Moral und Sittlichkeit im Land passiert?



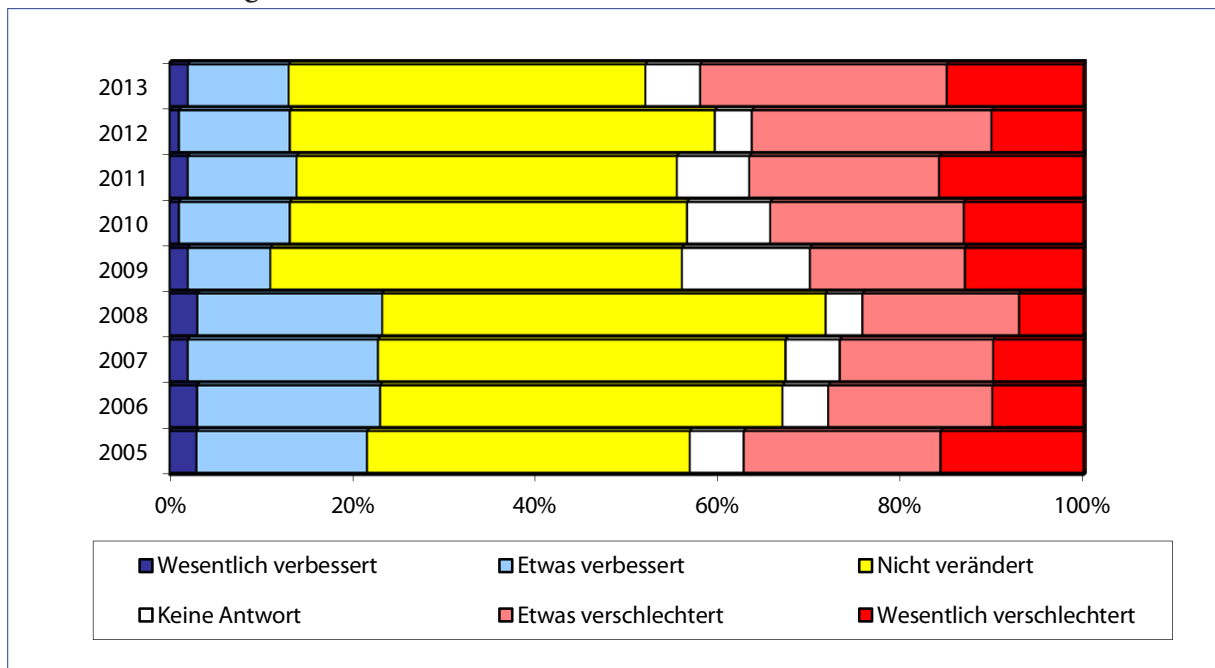
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 10. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/10-09-2013/udovletvorennost-rossijan-polozheniem-del-v-strane>

Grafik 6: Sind Sie mit dem System der Gesundheitsfürsorge in Russland zufrieden?



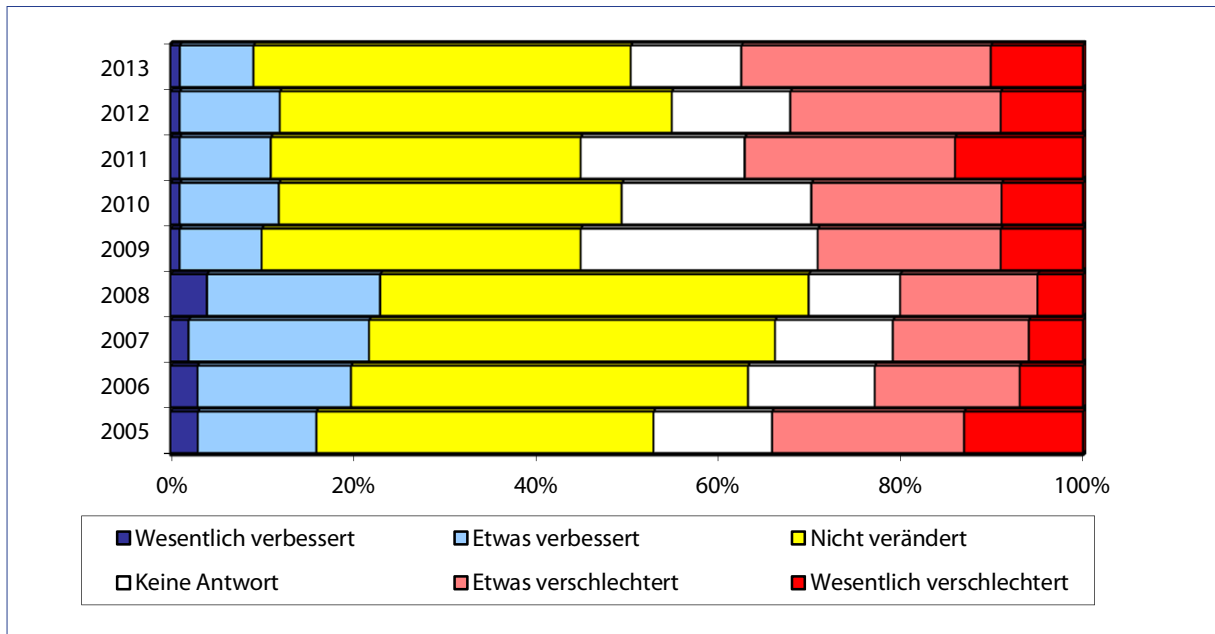
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 10. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/10-09-2013/meditsina-obrazovanie-i-zhkkh-v-predstavlenii-rossiyan>

Grafik 7: Wie hat sich Ihrer Meinung nach im vergangenen Jahr die Qualität medizinischer Leistungen in Russland verändert?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 10. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/10-09-2013/meditsina-obrazovanie-i-zhkkh-v-predstavlenii-rossiyan>

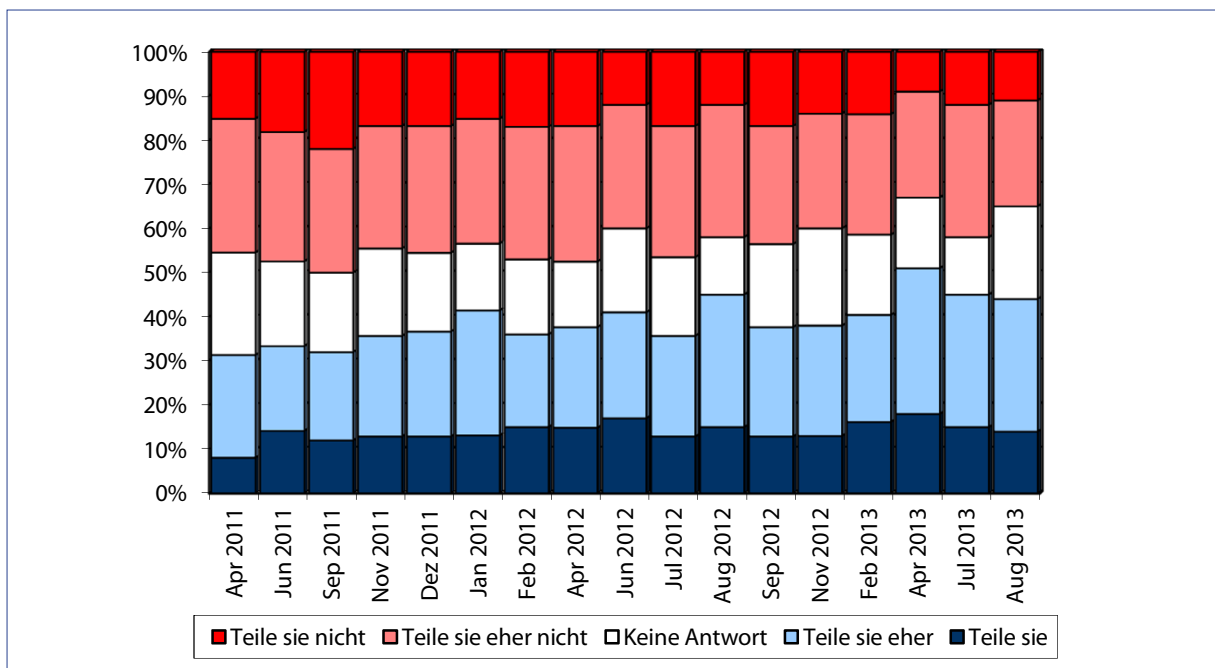
Grafik 8: Wie hat sich Ihrer Meinung nach im vergangenen Jahr die Qualität des Bildungssystems verändert?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 10. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/10-09-2013/meditsina-obrazovanie-i-zhkkh-v-predstavlenii-rossiyan>

Wahrnehmung der herrschenden Partei

Grafik 9: Teilen Sie die Ansicht, dass »Einiges Russland« die Partei der Gauner und Diebe ist, oder sind Sie anderer Ansicht?

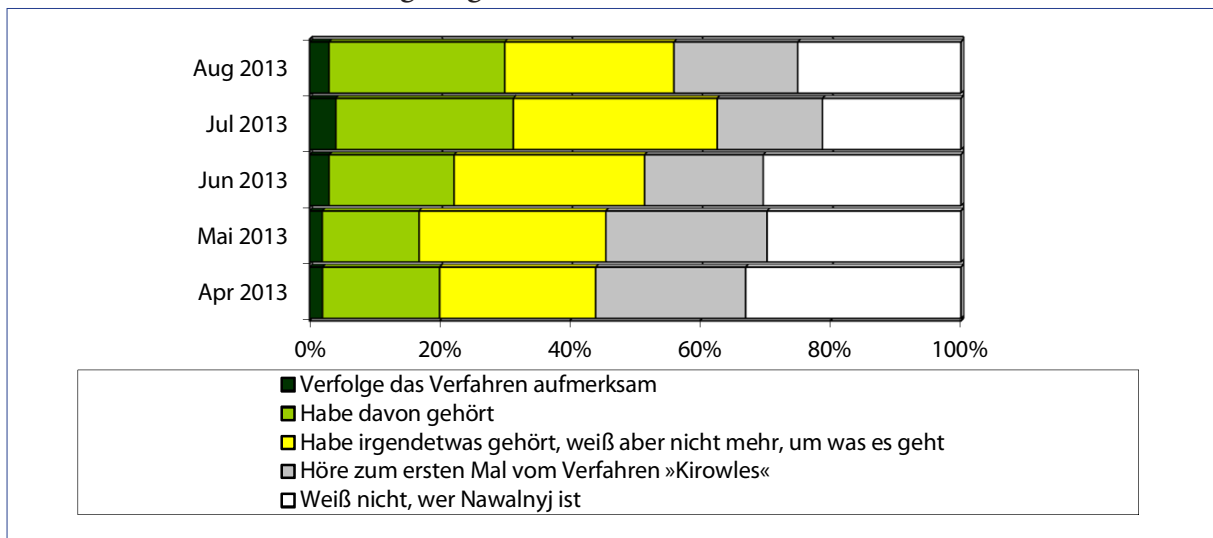


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.8.2013 <http://www.levada.ru/16-09-2013/schitayut-li-rossiyan-e-dinuyu-rossiyu-partiei-zhulikov-i-vorov>

Die Prozesse gegen die Opposition

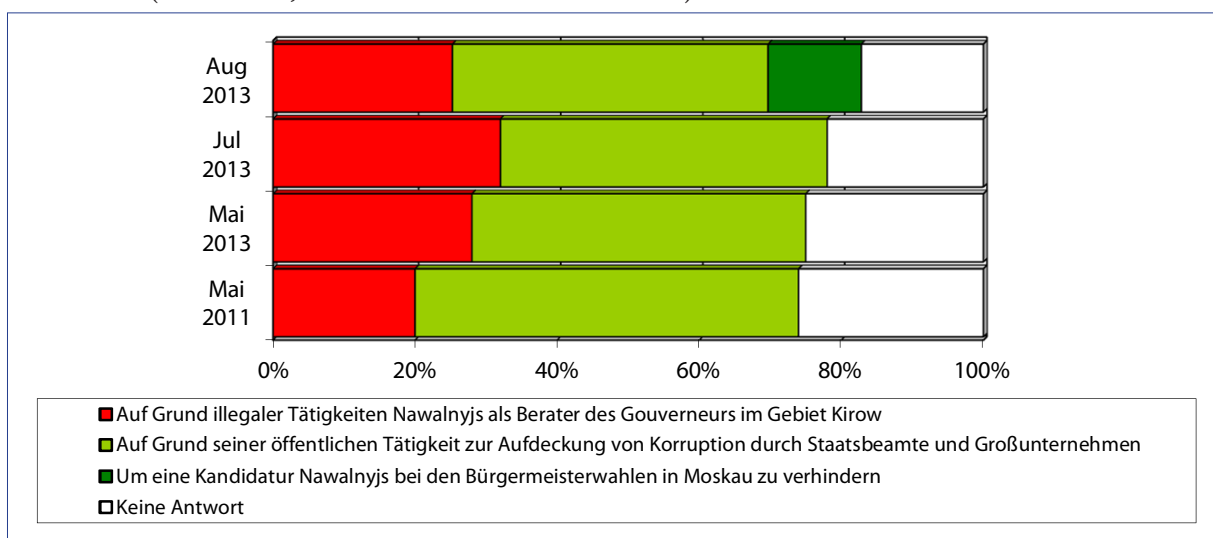
In drei großen Prozessen standen und stehen Regimekritiker vor Gericht. Die Angehörigen der Punkgruppe »Pussy Riot« wurden nach einer Aktion in der Erlöserkathedrale in Moskau im August 2012 wegen Rowdytum verbunden mit Religionshass zu je zwei Jahren Lagerhaft verurteilt. Der Blogger und Oppositionsführer Alexej Nawalnyj wurde von einem Bezirksgericht in Kirow am 18. Juli 2013 wegen Veruntreuung von Geldern des ehemaligen staatlichen Holzunternehmens »Kirowles« zu fünf Jahren Straflager verurteilt und bis zum Ende des Revisionsverfahrens auf freien Fuß gesetzt. Beim Moskauer Stadtgericht läuft sein Juni 2013 ein Verfahren wegen der Zusammenstöße während der Masendemonstration auf dem Bolotnaja-Platz am 6. Mai 2012. Zahlreiche Personen werden beschuldigt, bei der Demonstration zu Massenunruhen aufgerufen, an diesen teilgenommen und Gewalt gegen Staatsbeamte angewendet zu haben.

Grafik 10: Wissen Sie, wer Aleksej Nawalnyj ist und verfolgen Sie das Verfahren »Kirowles«, bei dem er einer der Angeklagten ist?



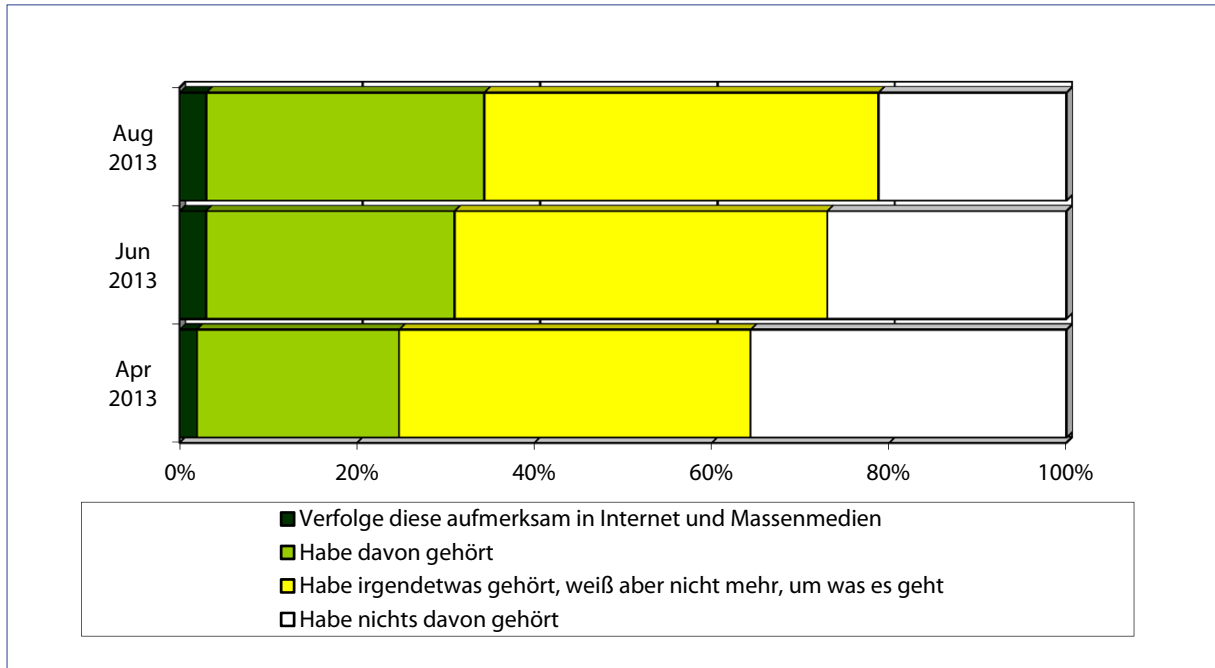
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, veröffentlicht am 13. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/12-09-2013/otnoshenie-k-bolotnomu-delu-kirowlesu-i-aktsii-pussy-riot>

Grafik 11: Aus welchen Gründen wurde Ihrer Meinung nach das Verfahren »Kirowles« eröffnet? (in % derer, die von dem Verfahren wissen)



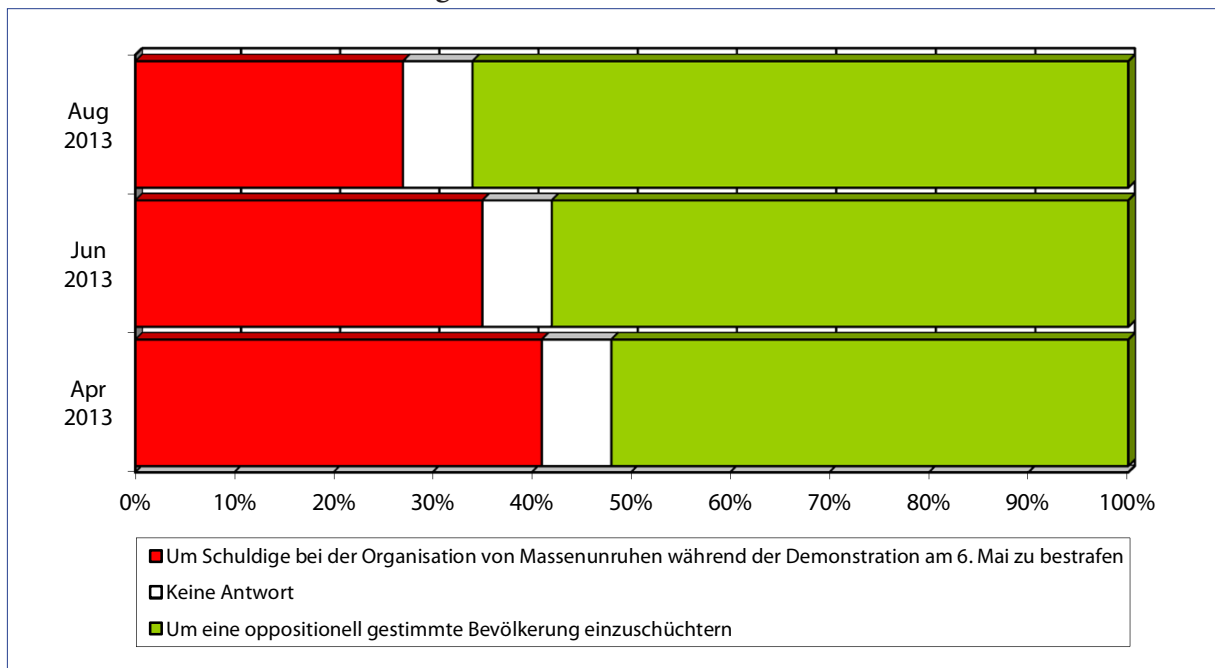
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, veröffentlicht am 13. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/12-09-2013/otnoshenie-k-bolotnomu-delu-kirowlesu-i-aktsii-pussy-riot>

Grafik 12: Haben Sie von den Ermittlungen zu Strafverfahren gegen mehrere Teilnehmer der Demonstration am 6. Mai 2012 auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz (sogenanntes »Bolotnaja-Verfahren«) gehört?



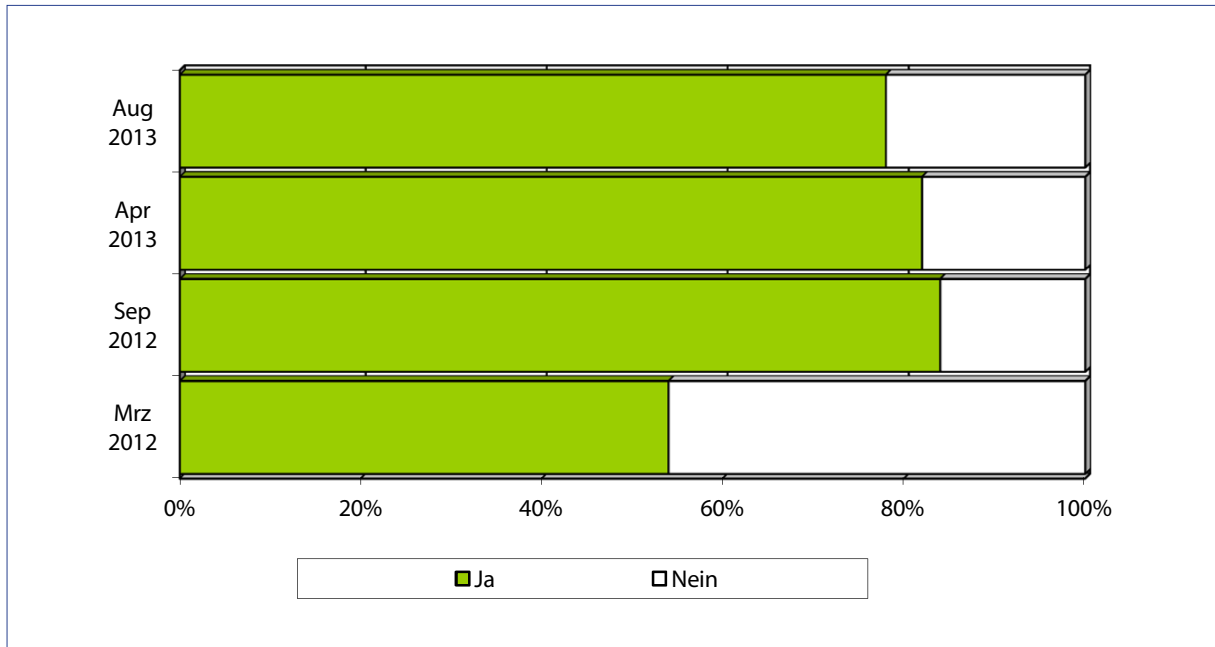
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, veröffentlicht am 13. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/12-09-2013/otnoshenie-k-bolotnomu-delu-kirovlesu-i-aktsii-pussy-riot>

Grafik 13: Aus welchen Gründen wird Ihrer Meinung nach im »Bolotnaja-Verfahren« ermittelt? (in % derer, die davon gehört haben)



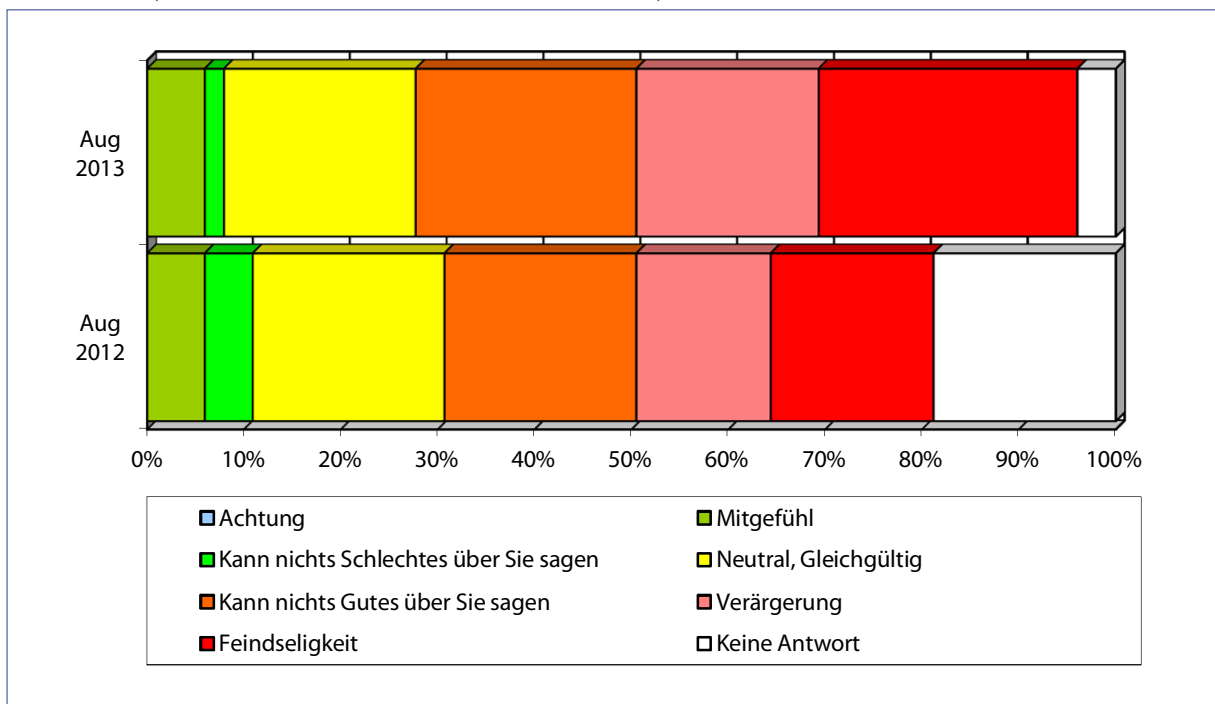
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, veröffentlicht am 13. September 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/12-09-2013/otnoshenie-k-bolotnomu-delu-kirovlesu-i-aktsii-pussy-riot>

Grafik 14: Haben Sie von der Aktion der Gruppe »Pussy Riot« in der Christ-Erlöser Kathedrale im Frühjahr vergangenen Jahres gehört?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, veröffentlicht am 13. September 2013 unter:
<http://www.levada.ru/print/12-09-2013/otnoshenie-k-bolotnomu-delu-kirovlesu-i-aktsii-pussy-riot>

Grafik 15: Welche Gefühle lösen bei Ihnen die Aktivistinnen von »Pussy Riot« aus (in % derer, die von Ihrer Aktion wissen)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, veröffentlicht am 13. September 2013 unter:
<http://www.levada.ru/print/12-09-2013/otnoshenie-k-bolotnomu-delu-kirovlesu-i-aktsii-pussy-riot>

Bilanz nach den Regionalwahlen

Ein Fiasko der Soziologie

Alexej Roschtschin, Experte bei der Stiftung »Zentrum für politische Technologien«, räumt ein, dass die Wahlsoziologie in Russland in eine Krise geraten ist. Keinem der namhaften Meinungsforschungsinstitute ist es gelungen, eine annähernd brauchbare Prognose zu den Ergebnissen der Bürgermeisterwahl in Moskau zu erstellen. Die Diskrepanz zwischen den Prognosen von Lewada-Zentrum, FOM, WZIOM und Comcon sei so signifikant gewesen, dass die Öffentlichkeit den Soziologen wegen ungenauer Zahlen Befangenheit vorwerfe. Während nach Schätzung von WZIOM mit 48% der Wahlbeteiligung zu rechnen gewesen sei, nahmen an den Bürgermeisterwahlen tatsächlich nur noch 33% der Moskauer teil. Das lege Systemprobleme bei der Erstellung von Prognosen bloß und mache es notwendig, die verwendeten Methoden künftig zu überdenken.

»*Warum sich die Soziologen geirrt haben*« von Alexej Roschtschin, 11. September 2013, <https://www.facebook.com/alexey.roschchin/posts/570157676390108>

Nichts Neues in der Soziologie

Denis Wolkow, Soziologe beim Lewada-Zentrum, antwortet auf die Kritik an seiner Zunft und erklärt die »Blamage« der Meinungsumfrageinstitute bei den Wahlumfragen durch das Zusammentreffen und die Wechselwirkungen von mehreren Faktoren. Er weist darauf hin, dass dieses Instrument per se keine absoluten Zahlen liefern könne, weil ihm eine gewisse Fehlerquote, in gewissem Sinne eine Relativität immanent sei. »Der Sinn [und Zweck der Wahlumfragen] besteht nicht darin, eine Ziffer zu liefern, sondern die aktuellen Prozesse zu verstehen«, so Wolkow. Die genauen Zahlen seien nur durch Exit-Polls feststellbar. Der Soziologe kritisiert dabei den Wahlkampfstab Nawalnyjs für die Instrumentalisierung »eigener soziologischer Untersuchungen« während der Wahlkampagne. Die genaue Analyse werde aber erst im Rahmen einer Tagung von Soziologen der Umfrageinstitute zu den vergangenen Regionalwahlen veröffentlicht, die demnächst in Moskau stattfinden soll.

»*Keine Entschuldigungen* :« von Denis Wolkow, 11. September 2013, <http://echo.msk.ru/blog/denisvolkov/1155088-echo/>

»Putins ist unabwählbar«

Der Oppositionelle und ehemalige Schachweltmeister Garry Kasparow behauptet, ein Machtwechsel durch Wahlen sei im System Putin nicht möglich. Die Staatsmacht bestimme nach wie vor aus der aktuellen politischen Situation heraus die Spielregeln sowie das Niveau von Fairness und Transparenz bei den Wahlen. Die Moskauer Wahlen waren vergleichsweise fair. Die anderen Regionalwahlen verliefen nach altbekannten Mustern mit dem Einsatz administrativer Ressourcen, einer Ablehnung der Registrierungsanträge oppositioneller Kandidaten und Parteien, mit Wahlverstößen und Fälschungen bei den Stimmenausschüttungen. Der ganze Wahlprozess stand jedoch in allen Regionen unter Kontrolle und selbst in Moskau wäre das gesamte »Tschurowsche Arsenal« im Notfall eingesetzt worden [Tschurow ist der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission; d. Red.].

»*Putins Regime lässt sich durch Wahlen nicht ablösen*« von Garri Kasparow, 16. September 2013, http://echo.msk.ru/blog/kasparov_garry/1158328-echo/

Legitimierung des Nationalismus in Russland

Die vergangenen Wahlen haben Signalcharakter für das politische System Russlands und die Opposition. Es hat sich endgültig ein Protest gegen das System herausgebildet. Als zweites Ergebnis wird die Legalisierung des »antikonstitutionellen und undemokratischen Procedere der Wahlen« im Ganzen und des »kommunalen Filters« im Besonderen genannt. Das Hauptergebnis der Moskauer Wahlen sei jedoch Legitimierung von Nationalismus, meint der Journalist der »Nowaja Gaset« Arkadij Babtschenko. Die liberale Wählerschaft habe Alexej Nawalnyj zu ihrem alternativen Oppositionsführer bestimmt und die Augen vor seiner Beteiligung am »Russischen Marsch« und seiner nationalistischen Rhetorik verschlossen.

»*Bilanz der Wahlen*« von Arkadij Babtschenko, 17. September 2013 <http://starshinazapasa.livejournal.com/681778.html>

Putin vs. Oppositionelle auf dem Waldai

Prominente Politiker aus der außersystemischen Opposition – Gennadij Gudkow, Wladimir Ryschkow, Ksenija Sobtschak, Ilja Ponomarjow, Jewgenij Rojsman – haben am Waldai-Forum teilgenommen. Das sei ein Triumph des Präsidenten über die Regimekritiker, schreibt der Schriftsteller und Politiker Eduard Limonow. Der Vorsitzende der

nicht registrierten Partei »Anderes Russland« behauptet, Putin nutze auf dem Waldai die Anführer der Bolotnaja-Opposition, die schon lange mit der Macht kooperieren sollten, als Kriegsbeute. Die zur Schau gestellte »Courage« Putins richte sich in erster Linie an die ausländischen Gäste und Journalisten, um die eigene Stärke erneut zu bekräftigen. Die »echte« Opposition werde Putin nie zum Dialog einladen.

»Putin hat sich köstlich amüsiert – auf fremde Kosten« von Eduard Limonow, 24. September 2013, <http://limonov-eduard.livejournal.com/375820.html>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Kleine Irritationen für das Regime, kleine Erfolge für die Opposition...

Jens Siegert, Moskau

Nach den Regionalwahlen am 8. September in Russland feierten oppositionelle Kandidaten ein paar durchaus bemerkenswerte Erfolge. Alexej Nawalnyj, Blogger und Vielleicht-bald-Häftling, erreichte beachtliche und von niemandem erwartete 27 Prozent bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen. Der Anti-Drogen-Kämpfer Jewgenij Rojsman wurde in der Uralmetropole Jekaterinburg gar Bürgermeister, ebenso wie die Psychologin Galina Schirschina in Petrosawodsk. Auf den ersten Blick scheinen diese Erfolge eine angenehme Abwechslung, aber von wenig Bedeutung gegenüber den flächendeckenden Erfolgen der Kremlpartei. Einiges Russland bei allen regionalen Parlamentswahlen und den acht Gouverneurswahlen, die gleichzeitig stattfanden. Viel hat sich also wieder nicht verändert. Fast alles bleibt unter des Kremls Kontrolle. Warum also die Aufregung?

Vielleicht stimmt es ja. Vielleicht sind das nur kleine, unwichtige Irritationen. Vielleicht ist das auch alles nur Teil der großen Russland-ist-eine-Demokratie-Schärade. Vielleicht wird das Berufungsgericht in Kirow am 8. Oktober das Fünf-Jahre-Urteil gegen Nawalnyj bestätigen. Vielleicht, sogar wahrscheinlich werden Rojsman und Schirschina in Kürze unter dem zu erwartenden Druck ins Kremllager überlaufen oder wieder aus dem Amt gedrängt oder auch mit fabrizierten Anklagen vor Gericht landen. Gegen Rojsman ermittelt die Staatsanwaltschaft schon lange. Am Tag nach seinem Wahlsieg war er, als Prophylaxe sozusagen, gleich zum Verhör vorgeladen.

Nochmal: Vielleicht, wahrscheinlich kommt das so. Ich kann mich aber trotzdem schon seit einiger Zeit eines hartnäckigen Déjà-vu-Gefühls nicht erwehren. Das hat-

ten wir schon einmal. KPdSU und UdSSR sahen noch lange nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl für die allermeisten Beobachter unzerstörbar aus, ewig. Zu groß, unvergleichlich groß schien das Gefälle zwischen der riesigen sowjetischen Machtmaschine und den paar vereinzelt, oft ungeschickten und unbedarften, oft rührend naiven Menschen, die außerhalb der dafür vorgesehenen Institutionen, also außerhalb der kommunistischen Partei, Veränderungen forderten.

Trotzdem hinkte der große, mächtige Sowjetapparat bis zum (für ihn) bitteren Ende immer mindestens einen Schritt hinter der gesellschaftlichen Entwicklung hinterher. Und ich schreibe hier bewusst »gesellschaftlich« und nicht »politisch«. Die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow unterschätzte die gesellschaftliche Dynamik sträflich, wie wir heute wissen.

Höhepunkt (und in gewisser Hinsicht Endpunkt) dieses Hinterherhinkens war wohl die Wahl von Michail Gorbatschow zum 1. Präsidenten der Sowjetunion am 14. März 1990 auf einem Sonderkongress der Volksdeputierten. Dieser Kongress war gegenüber früheren sowjetischen Parlamenten bereits ein Ausbund an Pluralität. Gorbatschow bekam knapp 60 Prozent der Stimmen. »Nur« 60 Prozent der Stimmen. Er war aber schon längst der falsche Ort, sich ausreichend Legitimität in den Augen ausreichend vieler Sowjetbürger zu verschaffen. Gorbatschow hätte sich dem Volk insgesamt stellen müssen. Eine Volksabstimmung wurde damals im Kreml durchaus erwogen, aber als zu riskant verworfen. Schon ein Jahr später wurde Boris Jelzin in direkter Wahl russischer Präsident und ein weiteres halbes Jahr später waren die Sowjetunion und ihr erster Präsident Geschichte.

Nun wiederholt sich Geschichte bekanntlich nicht. Politische Fehler werden aber immer wieder gemacht. Die sowjetische Führung verließ sich seinerzeit auf Techniken, die dem System viele Jahrzehnte das politische Überleben garantiert hatten. Aber die Bedingungen hatten sich geändert (auch die sozio-ökonomischen). Das Putin-Regime hat daraus durchaus gelernt. Es ist weitaus flexibler, unvergleichlich weniger direkt repressiv, eher auf Inklusion denn auf Ausschluss orientiert. Von Anfang an war die Kooptation eines möglichst großen Teils von politischen Gegnern ein wichtiges Element der Machtausübung und Machtsicherung (hinzu kommt die notwendige und ergänzende Kehrseite dieser Macht-Methode, die Marginalisierung und, wenn auch weniger, Kriminalisierung eines anderen, kleineren Teils). Im Gegensatz zu seinem akribisch gepflegten Macho-Image ist Putin ein sehr vorsichtiger Politiker. Übervorsichtig, könnte man sogar sagen. Es soll möglichst wenig dem Zufall überlassen bleiben.

Doch nicht immer lassen sich als richtig erkannte Strategien durchhalten. Die Proteste 2011/2012 führten bereits zu einer auf den ersten Blick graduellen Umorientierung, die aber, wie sich immer mehr zeigt, weitreichende Folgen hat (vielleicht weiter reichende als vom Kreml gedacht). Putin, bis dahin immer als Präsident des ganzen Landes, eines »einheitlichen«, eines »einigen«, konsolidierten Landes aufgetreten (weshalb die Kremlpartei auch »Einiges Russland« heißt), spricht seit seiner Wiederwahl im März 2012 immer wieder davon, seine Politik sei die einer »überwältigenden Mehrheit«. Neben einer Mehrheit muss es aber auch eine Minderheit geben. Die Grenze wird vor allem soziokulturell gezogen, zwischen denjenigen, die »traditionelle« (sprich: »russische«) Werte vertreten und den anderen (die damit, meist unausgesprochen, beschuldigt werden »nicht russischen«, also fremden, sprich: »westlichen« Lebensentwürfen anzuhängen).

Gleichzeitig wird die Doppelstrategie von Kooptation und Spaltung der Opposition fortzusetzen versucht. In der Woche nach den Regionalwahlen und den Erfolgen von Alexej Nawalnyj und Jewgenij Rojzman fand das 10. Waldai-Forum statt. Dort treffen sich auf Einladung des Kreml alljährlich Russland-Experten aus aller Welt mit russischen Experten und Politikern. Ein Treffen mit Putin gehört unbedingt dazu. Dieses Jahr waren eine ganze Reihe Oppositioneller dabei, die bis vor kurzem noch als (im russisch-offiziellen Sprachgebrauch) »unversöhnlich« galten (und zu den Führern der Protestierenden gehört haben), darunter Wladimir Ryschkow, Boris Nemzow, Gennadij Gudkow, Ksenija Sobtschak und der neue Jekaterinburger Bürgermeister Jewgenij Rojzman, dessen »Versöhnung« per Handschlag mit dem ihn bis auf Messer bekämpfenden

Gouverneur des Gebiets Swerdlowsk (dessen Hauptstadt Jekaterinburg ist), selbstverständlich ein Kreml-Mann, auf dem Forum inszeniert wurde. Alexej Nawalnyj war nicht eingeladen. Er wartet auf die Berufungsverhandlung gegen seinen Fünf-Jahre-Schuldspruch, die nun auf den 8. Oktober angesetzt ist.

Diesen politischen Manövern liegt, wie mir scheint, ein Irrtum zugrunde, dem schon die Sowjetführung unter Gorbatschow erlag. Die von Putin beschworene »überwältigende Mehrheit« ist erstens viel kleiner als diese grandiose Rhetorik glauben machen will. Sie besteht zudem zweitens zu großen Teilen aus Menschen, die das gegenwärtige politische System unterstützen, weil sie vom Staat abhängen. Das aber ist eine passive, keine aktive Unterstützung. Die meisten werden für Putin nicht auf die Barrikaden gehen.

Äußerlich spricht trotzdem vieles dafür, dass sich Putin auf dem Höhepunkt seiner Macht befindet (und auf dem Waldai-Forum machte er einen so zufriedenen Eindruck, als ob er das auch glaubt). Aus Putins Sicht ist der großstädtische Zwergenaufstand eingedämmt. Und auch international geht es bergauf. Nie seit dem 11. September 2001 brauchten die USA Russland so sehr wie gegenwärtig in Bezug auf Syrien. Und doch wirkt alles fragil.

Warum ich das meine, will ich abschließend mit einem kleinen Beispiel erläutern (bei weitem nicht dem einzigen möglichen). Neben den zahlreichen repressiven Maßnahmen des vergangenen Jahres gibt es auch ein paar vorsichtige Kreml-Initiativen zu mehr Bürgerbeteiligung. Neben den wieder eingerichteten Direktwahlen der Gouverneure sticht dabei ein Gesetz zu Online-Petitionen heraus, das Putin schon in seinem Wahlprogramm versprochen hatte. Wer auf einem von der Regierung betriebenen Portal für eine Initiative mehr als 100.000 Unterschriften zusammen bekommt, kann seit dem Frühjahr damit eine Parlamentsdebatte erzwingen. Eine Steilvorlage für den Antikorruptionskämpfer und begabten Populisten Nawalnyj. Flugs waren die notwendigen Unterschriften für die Forderung zusammen, Dienstwagen für Beamte dürften künftig nicht mehr als 1,5 Millionen Rubel (momentan rund 35.000 Euro) kosten.

Es wäre nun wohl ein Leichtes gewesen, darüber in der Staatsduma zu diskutieren, das Für und Wider abzuwägen, die Initiative anzunehmen oder sie parlamentarisch zu zermahlen. Doch was passierte? Die Regierung setzte eine Kommission ein, die zu dem Schluss kam, dass nun ausgerechnet diese Frage keine für das Parlament sei. Dass es ausreiche, wenn die Regierung das regelt. Dass 1,5 Millionen Rubel natürlich viel Geld seien für einen Dienstwagen für Beamte niederer Klasse, aber die weiter oben doch besser und vielleicht auch besser

geschützt fahren müssten. Dass diese Initiative zu spät käme, weil die Regierung sich der Sache schon längst angenommen habe. Kurz: Alles, nur keine gesetzlich zugesicherte Parlamentsdebatte.

Natürlich ist Nawalnyjs Forderung, die Kosten für Dienstwagen von Beamten zu begrenzen populär. Auch deshalb stellt er sie. Um die Regierung und den Kreml in Zugzwang zu bringen. Durchaus erfolgreich. Die Reaktion der Regierung ist aber typisch. Bürgerbeteiligung wird immer nur vorgespielt. Es ist tatsächlich wie ein Spiel. Aus Sicht des korrupten Staates ist Bürgerbeteiligung, so institutionalisiert sie auch sei, nie ernst gemeint. Sie kann nicht ernst gemeint sein, weil sie seine Funktionsmechanismen außer Kraft setzen würde. Und genauso verhält er sich dann.

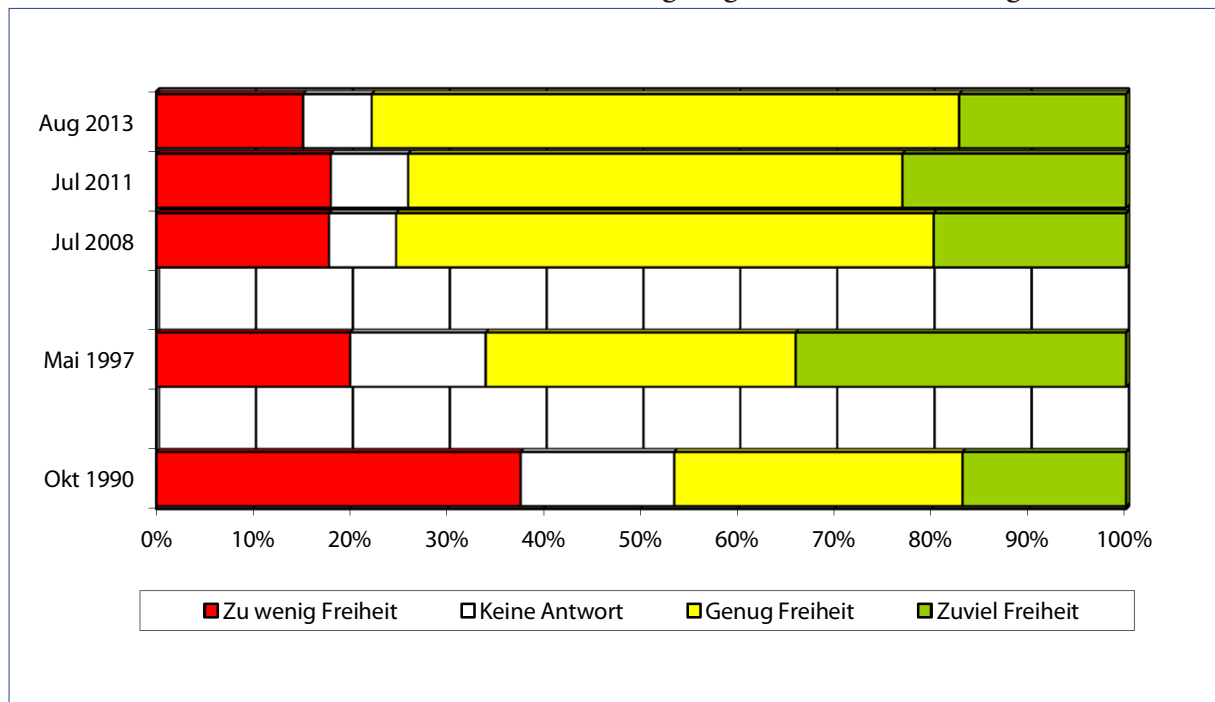
Im geschilderten Fall nannte die Tageszeitung *Wedomosti* die Regierung »Putins größten Feind«. Es ist aber

Putins Regierung, die so handelt. Und sie handelt nicht zufällig so. Sie verteidigt ihre Pfründe und die Pfründe derer, auf die sie sich stützt. Wenn sie anders handelte, handelte sie gegen ihre eigenen Interessen. Unter diesen Bedingungen sind kluge Initiativen wie diese zum Erfolg verdammt.

Unter diesen Bedingungen ist auch Nawalnyj zum Erfolg verdammt. Wird er am 8. Oktober für wie-lange-auch-immer ins Straflager geschickt, wird er ein Held. Bleibt er in Freiheit, hat er gute Chancen, den Kreml weiter vor sich her zu treiben.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Grafik 16: Haben die Menschen in Russland heute genug, zu viel oder zu wenig Freiheit?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.8.2013
<http://www.levada.ru/print/25-09-2013/rossiyane-o-svobode-demokratii-gosudarstve>

Vom 12. bis zum 26. September 2013

12.09.2013	Im Ehrensaal des Moskauer Zentralmuseums für den Großen Vaterländischen Krieg findet die feierliche Amtseinführung von Sergej Sobjanin zum Moskauer Bürgermeister statt, an der Präsident Wladimir Putin und Patriarch Kirill teilnehmen. Im Anschluss nehmen im Siegespark offiziellen Angaben zufolge 70.000 Menschen an einer Konzertveranstaltung unter dem Motto »Unsere Stadt – Unsere Wahl« teil.
12.–13.09.2013	Bei einem Brand in einem psychiatrischen Krankenhaus unweit von Nowgorod kommen 37 Patienten ums Leben.
13.09.2013	Präsident Wladimir Putin nimmt in Bischkek (Kirgistan) am Treffen der Staatschefs der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil. Bei Einzelgesprächen trifft er mit Almasbek Atambajew (Kirgistan), Hassan Rohani (Iran) und Hamid Karzai (Afghanistan) zusammen.
14.09.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt den FIFA-Präsidenten Joseph Blatter in Sotschi. Auf dem Treffen vereinbaren Blatter und der »Gazprom« Vorsitzende Aleksej Miller eine offizielle Partnerschaft von 2015 – 2018 zur Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft in Russland.
14.09.2013	Die USA und Russland erreichen bei den Verhandlungen der beiden Außenminister John Kerry und Sergej Lawrow in Genf eine Einigung darüber, welche syrischen Chemiewaffen unter internationale Kontrolle gestellt werden sollen.
15.–16.09.2013	Bei einem Anschlag eines Selbstmordattentäters auf das Innenministerium im Rayon Sunsha (Republik Tschetschenien) werden drei Polizisten getötet und vier weitere verletzt.
16.09.2013	Präsident Wladimir Putin hält ein Treffen über den Stand der Vorbereitungen zur Olympiade in Sotschi ab. Er weist den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Kosak an, ihn alle zwei Wochen über den Fortschritt der Vorbereitungen zu informieren.
17.09.2013	Verteidigungsminister Sergej Schojgu gibt auf einem Treffen mit dem Gesellschaftsrat des Ministeriums bekannt, dass das Verteidigungsministerium noch in diesem Jahr ein Unternehmen zur Produktion patriotischer Kinofilme gründen wird.
18.09.2013	Die russische Regierung beschließt, den Bürgern Südkoreas bei Reisen bis zu 90 Tagen Visafreiheit zu gewähren.
18.09.2013	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Reform der russischen Akademie der Wissenschaften (RAN). Fast alle Einrichtungen der RAN werden einer neuen Behörde unterstellt. Staatsorganen wird untersagt, auf deren wissenschaftliche Tätigkeit Einfluss zu nehmen.
18.09.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew richtet eine Regierungskommission zur Entwicklung des Fernen Ostens ein, der er vorsitzen wird.
18.09.2013	Ein Sprecher des russischen Inlandsgeheimdienstes bestätigt, dass russische Grenztruppen Warnschüsse auf den Greenpeace-Eisbrecher »Arctic Sunrise« abgegeben haben, nachdem zwei Aktivisten die Ölplattform »Priraslornaja« in der Petschorasee erklommen hatten. Die Aktivisten werden festgenommen. Greenpeace protestiert mit dieser Aktion gegen Ölförderung in der Arktis.
19.09.2013	Finanzminister Anton Siluanow zufolge werden 2013 statt der geplanten 427 Mrd. Rubel (ca. 9,9 Mrd. €) nur 50–65 Mrd. Rubel (ca. 1,2–1,5 Mrd. €) aus der Privatisierung von Staatsaktiva erwirtschaftet. Einnahmen aus Rohstoffverkäufen sollen die Lücke füllen.
19.09.2013	Präsident Wladimir Putin nimmt am 10. Waldai-Forum teil und stellt sich den Fragen der Teilnehmer. Seit dem 16. September diskutierten ca. 200 russische und internationale Experten unter dem Motto »Russlands Diversität für die moderne Welt«.
20.09.2013	Das Moskauer Stadtgericht erklärt die Wahlergebnisse der Moskauer Bürgermeisterwahl für gültig und weist eine Klage des unterlegenen Kandidaten Alexej Nawalnyj zurück.
20.09.2013	Präsident Wladimir Putin ernennt Wladislaw Surkow, bis Dezember 2011 Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration und »graue Eminenz« der Innenpolitik, zu seinem Assistenten. Sein Aufgabenbereich sind nun die Beziehungen zu Abchasien und Südossetien.
20.09.2013	Alexej Kudrin, bis Herbst 2011 russischer Finanzminister, wird zum Vorsitzenden des Komitees für strategische Planungen im Aufsichtsrat der staatlichen »Sberbank« gewählt.
21.09.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung mit einer Liste von 201 ausländischen Universitäten, deren Zeugnisse in Russland anerkannt werden. Die Universitäten müssen auf drei weltweiten Universitätsratings unter den besten 300 sein.

23.09.2013	Bei einem Anschlag eines Selbstmordattentäters vor einer Polizeistation im Tabassaranskij-Rayon (Dagestan) werden ein Polizist und ein Migrationsbeamter getötet. 14 Polizisten und zwei Zivilisten werden durch die Autobombe zum Teil schwer verletzt.
23.09.2013	Nadeshda Tolokonnikowa, »Pussy Riot«-Aktivistin, tritt in den Hungerstreik. In einem offenen Brief kritisiert sie die Haftbedingungen in der Haftanstalt in Mordowien, beklagt massenhafte Verstöße gegen die Rechte der Inhaftierten und berichtet über Todesdrohungen gegen sie.
23.09.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi die Staatschefs der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (ODKB). Die Teilnehmer besprechen mögliche Gefahren, die von Afghanistan ausgehen, die Unterstützung Tadschikistans bei der Grenzsicherung sowie die Situation in Syrien, zu der eine Erklärung verabschiedet wird.
23.09.2013	In der Region Krasnodar stürzt ein Erdkampfflugzeug vom Typ Su-25 ab. Der Pilot kommt ums Leben.
24.09.2013	Das russische Strafverfolgungskomitee erhebt gegen Greenpeace-Aktivisten, die gegen die Ölförderung in der Arktis protestiert hatten, eine Anklage wegen Piraterie. Der Greenpeace-Eisbrecher »Arctic Sunrise« wird nach Murmansk gebracht, die 30 internationalen Aktivisten werden dem örtlichen Strafverfolgungskomitee übergeben.
24.09.2013	Im Rayon Bujnask (Dagestan) werden bei einem Feuergefecht zwei Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet. Zwei weitere Untergrundkämpfer werden an der Stadtgrenze von Machatschkala getötet, nachdem sie das Feuer auf eine Straßenkontrolle eröffnet hatten.
25.09.2013	Präsident Putin empfängt zum 3. Internationalen Arktisforum – »Arktis – Territorium des Dialogs« – in Salechard (Autonomer Bezirks der Jamal-Nenzen), unter anderen die Staatspräsidenten Finnlands und Islands. Im Zentrum steht die Umweltsicherheit bei der Erschließung und Förderung von Rohstoffen in der Arktis. Russland will die Fläche der Naturschutzgebiete von derzeit 6% der russischen Arktis ausweiten. Die Greenpeace-Aktivisten, die gegen eine Ölförderung in der Arktis protestiert hatten, hält Putin nicht für Piraten.
25.09.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nimmt an einem Treffen des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates in Astana (Kasachstan) teil. Am Rande finden russisch-kasachische Regierungsgespräche statt. Bei einem Treffen mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Nikolaj Asarow betont Medwedew, dass ein Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU keine Katastrophe sei, die Wirtschaftskooperationen jedoch zurückgehen werden.
25.09.2013	Muchtar Schapijew, Richter am Obersten Gericht der Republik Dagestan, und sein Sohn werden in Machatschkala von Unbekannten erschossen.
26.09.2013	Vom Weltraumbahnhof Bajkonur startet das Raumschiff »Sojuz TMA-10M« zur internationalen Raumstation mit zwei Russen und einem Amerikaner an Bord.
26.09.2013	In der Region Chabarowsk wird der Ausnahmezustand aufgehoben, der wegen schwerer Unwetter und Überschwemmungen am 7. August verhängt worden war.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 7/2013 »Unter Strom. Energiepolitik in Europa«

OSTEUROPA 7/2013 ist erschienen. Das Heft »Unter Strom. Energiepolitik in Europa« enthält auf 224 Seiten 30 Abbildungen sowie neun Karten und kostet 15,00 €. Zu bestellen ist es bei osteuropa@dgo-online.org.

Jeronim Perović

Russlands Aufstieg zur Energiegroßmacht

Geschichte einer gesamteuropäischen Verflechtung

Ungeachtet des ideologischen Konflikts exportierten bereits die Bolschewiki Öl in den kapitalistischen Westen. Dafür erhielten sie Devisen und Technologien. An der Struktur dieses Tausches hat sich wenig geändert. Mitte der 1950er Jahre gewann die Sowjetunion auf dem europäischen Ölmarkt an Gewicht. Doch erst mit der Erschließung der Gasvorkommen in Westsibirien Anfang der 1970er Jahre begann der Aufstieg der UdSSR zur Energiegroßmacht. Begünstigt wurde dies durch die Entspannungspolitik mit der Idee des »Wandels durch Handel« sowie durch die Wahrnehmung unter den Westeuropäern, dass Energielieferungen aus Osteuropa zuverlässiger sind als die aus dem Nahen Osten. Heute geht es um die Frage, wie mit der energiepolitischen Abhängigkeit umgegangen werden soll. An Russlands Rohstoffen führt kein Weg vorbei.

Kirsten Westphal

Die große Unsicherheit

Die Folgen des Schiefergas-Booms für die EU und Russland

Der Fracking-Boom in den USA beschleunigt die Umbrüche auf den globalen Energiemärkten. Doch die Folgen sind bei weitem nicht so klar, wie es gängige Szenarien suggerieren. Weder ist klar, ob die Förderung aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking in den USA auf Dauer rentabel ist, noch ob sich ein ähnlicher Boom andernorts wiederholen lässt. Russlands Modell einer regionalen, leitungsgebundenen Erdgasversorgung ist unter Druck, könnte sich aber behaupten – insbesondere dann, wenn die EU nicht, wie erhofft, zur Diversifizierung ihrer Energieimporte auf ein großes, weltweites Angebot an billigem Flüssiggas zurückgreifen kann, sondern gegenüber den Wachstumsmärkten in Asien, wohin sich der Energiehandel verlagern wird, ins Hintertreffen gerät.

Simon Pirani

Marktmacht

Erdgas in Zentralasien und im Kaspiraum

Der eurasische Erdgasmarkt ist im Umbruch. Die beiden entscheidenden Triebkräfte sind der gesunkene Verbrauch in Europa und der steigende Konsum in China. Dies hat dazu geführt, dass ungeachtet aller politischen Projekte die Bedeutung Russlands als Importeur und Zwischenhändler von Erdgas aus Zentralasien gesunken ist, aber auch die EU ihre ambitionierten Pläne zur Diversifizierung ihrer Erdgasimporte durch den direkten Bezug aus Aserbaidschan nicht verwirklichen konnte. Die zentralasiatischen Staaten, allen voran Turkmenistan haben dennoch nicht unter dem Rückgang gelitten: Ihr neuer Großabnehmer ist China.

Indra Øverland

Das Gas, der Preis und die Modernisierung

Preispolitik und Energieeffizienz in Russland

Zur Steigerung der Energieeffizienz in Russland sollten die Subventionen gestrichen und der Energiepreis erhöht werden, um so einen Anreiz zum Energiesparen zu geben. Die Meinung ist verbreitet, dass die russländischen Behörden davor zurückscheuten, den Gaspreis für Privathaushalte zu erhöhen, weil sie die politischen Konsequenzen fürchteten. Es ist schwierig, exakt zu erfassen, wie hoch der Gasverbrauch der Privathaushalte ist und wie stark er subventioniert wird. Doch angesichts des demographischen und kulturellen Wandels sowie der gestiegenen Haushaltseinkommen ist es unwahrscheinlich, dass der Gaspreis zu einem konflikträchtigen Thema werden könnte.

Jonas Grätz

Ziemlich beste Freunde

Das Auf und Ab der Partner Wintershall-Gazprom

Die BASF-Tochter Wintershall war zentral für den Erfolg von Gazprom auf dem deutschen Erdgasmarkt. Nicht nur bei der Erhöhung des Marktanteils von Gazprom, sondern auch für den Erfolg der Ostseepipeline leistete der Partner Wintershall treue Dienste. Zudem hat die Kooperation mit Wintershall das Bild von Gazprom als verlässlichem Kooperationspartner in Deutschland geprägt. Allerdings hat die Partnerschaft inzwischen abnehmenden Wert für Gazprom.

Andreas Heinrich, Heiko Pleines

Der Ölboom und die Macht

Politische Herausforderungen im postsowjetischen Raum

Der Erdöl- und Erdgasboom verlangt von den Eliten Aserbaidschans, Kasachstans, Russlands und Turkmenistans politische Steuerung. Es gilt, die Rohstoffförderung zu organisieren, Regeln festzulegen und die Rolle ausländischer Investoren zu definieren sowie die Einnahmen aus dem Rohstoffexport zu verwalten. Dabei sind ineffiziente Verwaltungen und Korruption ein strukturelles Problem. Ist nicht sozioökonomische Entwicklung, sondern politischer Machterhalt der Bewertungsmaßstab, dann sind die Präsidenten der vier Staaten bisher sehr erfolgreich gewesen, den Ölboom zu steuern.

Astrid Sahn

Atomenergie nach Tschernobyl und Fukushima

Reaktionen in Ost- und Westeuropa

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl führte in ganz Europa zu einem mehrjährigen faktischen AKW-Baustopp. Der Super-GAU im AKW Fukushima Daiichi hat bisher keinen solchen Effekt ausgelöst. Zwar besannen sich mehrere Staaten nach Fukushima erneut auf das Ziel des Atomausstiegs. Andere Staaten setzen aber nach wie vor auf den Ausbau der Atomenergie. Unter den Ausstiegsstaaten findet sich kein einziger osteuropäischer Staat. Die größere Rolle der EU in Energie- und Klimaschutzfragen sowie die sinkende Rentabilität des AKW-Betriebs zeigen jedoch auch den ausbauwilligen Staaten die Grenzen der Atomenergie auf. Ambitionierte Ausbaupläne verfolgt lediglich Russland.

Roland Götz

Mauerblümchen

Erneuerbare Energien in Russland

Erneuerbare Energien spielen in Russland eine marginale Rolle. Daran wird sich in den kommenden Jahren wenig ändern. Moskau setzt lediglich auf den Ausbau der großen Wasserkraftwerke – mehr noch allerdings auf neue Atom- und Kohlekraftwerke. Zwar sollen zudem ausgewählte Anlagen der sonstigen »nichttraditionellen« erneuerbaren Energien an das landesweite Stromnetz angeschlossen werden. Der Ausbau selbständiger Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, die die Stromerzeugung durch Dieselaggregate oder Kohlekraftwerke ersetzen oder zumindest ergänzen könnten, bleibt der Initiative lokaler und regionaler Instanzen vorbehalten. Dasselbe gilt für die gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme in kleinen Anlagen, bei denen auch regenerative Energiequellen zum Einsatz kommen können.

Andreas Renner

Ein Ort, drei Erinnerungen

Hiroshima aus sowjetischer Sicht

Die Atombombenangriffe von 1945 galten aus sowjetischer Sicht nicht als Ende des Weltkriegs, sondern als Auftakt des Kalten Kriegs. Für die UdSSR stellte das Ereignis eine gewaltige militärische, wissenschaftliche und politisch-ideologische Herausforderung dar, doch diese Bedeutung wurde von offizieller Seite systematisch heruntergespielt. Schon gar nicht sollte Angst vor der Atombombe und der Atomkraft entstehen. blieb Hiroshima unter Stalin weitgehend ignoriert, stieg es in den 1950er Jahren zu einem Symbol des drohenden Atomkriegs und des US-amerikanischen Imperialismus auf. Doch erst im Zweiten Kalten Krieg der 1980er Jahre wurde Hiroshima auch in der Sowjetunion zu einem Erinnerungsort der möglichen nuklearen Apokalypse.

Hans-Joachim Spanger

Kooperation tut not!

Wider die Blindheit der Putin-Feinde

In der Diskussion darüber, wie eine Politik gegenüber Russland und anderen autoritären Regimen aussehen soll, kritisiert Wolfgang Eichwede den vermeintlichen sozialdemokratischen Etatismus. Statt mit den herrschenden Eliten zu kooperieren, solle die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Diese Forderung ignoriert das Paradoxon der Entspannungspolitik als Dialogpolitik. Diese erkennt an, was sie ablehnt und stabilisiert kooperativ, was sie konfrontativ nicht überwinden kann. Ein selektives Werteverständnis zu propagieren und das eigene Weltbild wie eine Monstranz vor sich herzutragen, nutzt den Menschen in Russland wenig. Diese Art des Dialogs als moralisches Exerzitium verkommt schnell zum Monolog. Stattdessen gilt es, eigene Interessen zu benennen und die Interessen Russlands daraufhin abzugleichen, wo Kooperation möglich ist.

Andreas Heinemann-Grüder

Wandel statt Anbiederung

Deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand

Je stärker das »System Putin« einer autoritären politischen Ordnung entspricht, desto drängender wird die Frage, welche Russlandpolitik adäquat ist. Entspannungspolitik aus den 1970er Jahren ist es nicht. Die internationalen Rahmenbedingungen, das politische System und die Handlungslogik der Elite im heutigen Russland haben sich fundamental geändert. Deutsche Politiker sollten sich von der Idee verabschieden, Russland von außen transformieren zu können. Stattdessen ist eine Konzentration auf das Machbare nötig: sicherheitspolitische Kooperation in Regionalkonflikten, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Vertrauensbildung, Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht beschwiegen werden. Jene, die für den demokratischen Wandel in Russland eintreten und nun verfolgt werden, verdienen Unterstützung bis zur Gewährung von Asyl.

Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 8/2013 »Flagge zeigen. Raumprojekte an Odra und Moskva« mit Russlandbezug

OSTEUROPA 8/2013 »Flagge zeigen. Raumprojekte an Odra und Moskva« ist erschienen. Fabian Burkhardt, Hans-Henning Schröder und Heinrich Vogel treiben die Debatte über deutsche Russlandpolitik voran. Das Heft hat 160 S., 14 Abb, zwei Karten und kostet 10,00 €. Zu bestellen ist es bei osteuropa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug:

Fabian Burkhardt

Neopatrimonialisierung statt Modernisierung

Deutsche Russlandpolitik plus russischer Otkat

Die Modernisierungspartnerschaft zwischen Deutschland und Russland ist gescheitert. Deren Prämisse hatte gelautet: Russland strebt eine nachholende Modernisierung an, wofür die deutsche Wirtschaft die Technologien bereit hält. Wirtschaftliche Erneuerung von oben führt zur Öffnung des politischen Systems. Die Realität ist eine andere. Russlands politisches System ist ein neopatrimoniales. Die Eliten haben an Modernisierung kein Interesse. Internationale und deutsche Unternehmen agieren opportunistisch. Sie passen sich den informellen Praktiken der lokalen Wirtschaft an. Sie tragen nicht zur Modernisierung des Landes, sondern zur Stabilisierung der bestehenden Ordnung bei. Insofern handelt es sich um eine Neopatrimonialisierungspartnerschaft.

Hans-Henning Schröder

Russland in Europa

Anmerkungen zur deutschen Russlanddebatte

Russlands Führung versucht seit dem erneuten Amtsantritt von Präsident Putin, das Regime zu stabilisieren, indem es Opposition unterdrückt und konservative Lebensentwürfe durchsetzt. Dieses Vorgehen verleiht dem Regime einen immer autoritäreren Charakter. In Deutschland ist daher eine Debatte über den Umgang mit Russland ausgebrochen.

Bei dieser Diskussion sollte unterschieden werden zwischen der Bewertung der Verhältnisse in Russland und der Politik gegenüber Russland. Solidarität mit zivilgesellschaftlichen Partnern in Russland ist geboten. Doch Aufgabe der staatlichen Außenpolitik ist es, nationalen Interessen Geltung zu verschaffen.

Heinrich Vogel

Stabilität durch Evolution

Russlandpolitik zwischen Konfrontation und Kooperation

Aus der Entspannungspolitik zwischen dem Westen und der Sowjetunion können keine Lehren für den heutigen Umgang mit Russland gezogen werden. Die Lage ist eine andere. Der Westen ist erodiert, die USA haben sich diskreditiert, Kooperation im Rüstungsbereich, etwa bei der Raketenabwehr, wird diffamiert. Russland stellt sich nicht mehr als verlässlicher Partner Europas dar. Vielmehr gefällt sich die Moskauer Führung in der Attitüde demonstrativer Abschottung. Auf Dauer funktioniert das nicht. Nötig ist es, einen Kurs zwischen emotionaler Konfrontation und bedingungsloser Kooperation zu finden. Die Suche nach Feldern in Politik, Wirtschaft und Technik, in denen die Normen kompatibel sind, ist der erste Schritt. Kompatibilität bedeutet gerade nicht Identität. Und sie schließt auch ein, unmissverständlich Kritik an Repressionen und Verletzungen völkerrechtlicher Normen zu äußern. Schweigen bedeutet Komplizenschaft.

Frithjof Benjamin Schenk

Russland, Europa und das Theorem der Rückständigkeit

Manfred Hildermeiers »Geschichte Russlands«

Manfred Hildermeier hat mit seiner neuen »Geschichte Russlands« ein weiteres opus magnum vorgelegt. In seinem detailreichen Werk vergleicht er die Entwicklungen in Russland mit jenen in Westeuropa und fragt nach der Rezeption, Aneignung und Transformation westeuropäischer historischer Errungenschaften in Russland. Hier liegt allerdings auch das Problem des Buchs: Die These von Russlands Rückständigkeit führt unweigerlich dazu, dass die Geschichte des Lands als die einer Abweichung von einer europäischen Norm erzählt wird.

Regina Heller

Wenn Status zur fixen Idee wird

Russland – zur Großmacht verdammt?

Russlands politische Elite beschwört den Großmachtstatus ihres Landes wie ein Mantra. Russland habe weiter ein Recht darauf, jene Rolle in der Weltpolitik zu spielen, wie es die Sowjetunion und das Zarenreich taten. Russlands Außenpolitik zeigt allerdings, dass es Moskau weniger um tatsächlichen Machtzuwachs geht, als vielmehr um Anerkennung des sozialen Status als Großmacht. Russland will dabei sein, will konsultiert, in seinem Selbstbild akzeptiert und respektiert werden, die Politik ist jedoch inhaltsleer und wenig konstruktiv.

Karlheinz Kasper

Wechseljahre

Ein Kaleidoskop neuer literarischer Texte in Russland

Die russische Literatur ist in Bewegung geraten. Trotz des unsicheren politischen und geistigen Klimas der Putin-Ära verharrt sie nicht länger in Stagnation, sondern bietet bunte künstlerische Vielfalt. Entlang der Buchpreise Nacional'nyj Bestseller, Bol'shaja Kniga, Russkij Buker und NOS von 2009/10 bis Mitte 2013 lässt sich der Diskurs der Literaturkritik verfolgen. Bekannte Namen wie Dmitrij Bykov, Aleksandr Terechov, Daniil Granin, Lev Rubiņštejn und Maksim Kantor prägen das Bild, neue Namen wie Igor' Višneveckij, Archimandrit Tichon, Marina Stepnova, Natan Dubovickij, Figl'-Migl', Platon Besedin und Anton Ponizovskij beleben die literarische Szene. Neben sozialkritischen und künstlerisch innovativen Autoren stehen vor allem die »neuen Realisten« für einen wichtigen Trend. Augenfällig ist der Vormarsch religiös gefärbter Werke.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de